

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 2.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inflation-Gebühr**  
 Bezahlt für die fechtbareste Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Bekanntheits-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fechtbareste Wort 20 Pf., (jeweils fechtbareste Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen gegen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die bedrohten Dreadnoughts

London, 10. Juli 1914. (Eig. Ber.)

Die Veröffentlichung des Briefes des englischen Admirals Sir Percy Scott, in dem dieser vor einigen Wochen des längeren dartat, daß die Entwicklung der Unterseeboote und der Flugfahrzeuge die Dreadnoughts und alle auf dem Wasser schwimmende Kriegsschiffe zu alten Eisen gemacht habe, hat in England eine lange und lebhaft diskutierte Vorrede, die sobald nicht zu Ende kommen wird. Heute greift Sir Percy Scott in die Diskussion ein, um in den Spalten der „Times“ die Einwände zu widerlegen, die man gegen seine Ausführungen gemacht hat:

Viele Seemannsleute haben geschrieben, daß sie mit mir übereinstimmen. Andererseits haben viele Kritiker gemeint, daß ich zu früh bin, daß ich als jetzt bestehende Tatsache angenommen habe, was in der Zukunft möglich ist, daß der Torpedo im Kriege enttäuscht hat und daß das Unterseeboot blind und langsam ist und leicht zerstört werden kann. Keiner meiner Kritiker hat in zufriedener Weise erklärt, was unsere Schlachtschiffe tun würden oder tun könnten, wenn wir mit einer Nation, die mit Unterseebooten gut ausgerüstet wäre, Krieg führten.

Der Admiral geht dann einzeln auf die wichtigsten Einwände ein, die man ihm gemacht hat. So erwidert er dem Lord Sydenham, der erklärt hatte, daß der Torpedo im russisch-japanischen Kriege nicht das geleistet habe, was man von ihm billigweise erwartete:

„Am ersten Abend nach der Kriegserklärung taten die Japaner mit Torpedos, die den jetzt gebrauchten sehr nachstehen, den russischen Schlachtschiffen genügend Schaden, um sie nach Port Arthur zu treiben, und die Drohung mit einem weiteren Torpedoangriff verhinderte diese Flotte, bei Nachtzeit wieder aus dem Hafen hervorzukommen.“

Viele Kritiker hatten ausgeführt, daß das Unterseeboot eine sehr mangelhafte Waffe sei. Unter anderem könnte man das Verstoß schon von weitem sehen. Scott verneint dies und zitiert aus dem Briefe eines englischen Seemanns dessen Erfahrungen bei den letzten Flottenmanövern. Es heißt dort: „Während der letzten Manöver war ich in der Nordsee in einem Panzerkreuzer erster Klasse. Wir vermuteten, daß Unterseeboote in der Nähe waren, die verschiedene unserer Schiffe in den Grund gehohlet“ hatten etwa dort, wo wir am vorhergehenden Tage gemessen waren. Wir schauten deshalb besonders scharf nach ihnen aus. Das Wetter war beinahe ruhig und fast klar und war für die Entdeckung der Unterseeboote ideal. Zu unserem Gram kam ein weniger als 100 Meter von uns an die Oberfläche und signalisierte: Ich habe zwei Torpedos in Sie geschossen und erkläre Sie für aktionsunfähig.“

Dem Einwand, daß die Torpedoröhren der Unterseeboote fest sind und deshalb das genaue Zielen schwierig machen, begegnet Scott mit dem Hinweis, daß das Unterseeboot so dicht an sein Opfer herankommen kann, daß der Torpedo nicht gut vorbeigehen kann. Auf die Behauptung, daß Unterseeboote, wenn sie an die Oberfläche kommen, leicht durch Kanonenfeuer zerstört werden können, entgegnet der englische Admiral, daß die Unterseeboote nicht warten, bis sie als Zielscheibe benutzt werden können, daß sie vielmehr gleich untertauchen und eine günstigere Gelegenheit abwarten. Der Admiral Bacon hatte geschrieben: „Der Gedanke, Rauffahrtschiffe durch Unterseeboote anzugreifen, ist barbarisch.“ Sein Kamerad Scott meint dazu:

„Jeder Krieg ist natürlich barbarisch, aber im Kriege beabsichtigt der Feind, seinen Gegner zu erdrücken; um dies zu bewerkstelligen, wird er ihn an der verwundbarsten Stelle angreifen. Unsere verwundbarste Stelle ist unsere Nahrungsmittel- und Oelfuhr. Das Unterseeboot hat eine neue Methode eingeführt, um diese Zufuhr anzugreifen. Werden Gefäße der Menschlichkeit unseren Feind davon abhalten, diese Methode zu benutzen?“

Das Wichtigste an dieser spannenden Debatte sind die Argumente für und gegen die großen Kriegsschiffe. Der Admiral Cleveland hatte dem Sir Percy Scott vorgehalten, daß er zwei wichtige Aufgaben der Schlachtschiffe in Kriegzeiten vergessen habe, nämlich die Beschützung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Blockade feindlicher Häfen. Darauf antwortet Scott:

„Wenn Schlachtschiffe im Kriege versuchen sollten, die Häfen eines Feindes zu blockieren, der Unterseeboote besitzt, werden die Schlachtschiffe wahrscheinlich auf dem Meergrund geschild werden. Schlachtschiffe müssen sich von den Häfen eines Feindes, wenn dieser Unterseeboote hat, fernhalten.“

Ein anderer Einwand lautete: Wir müssen Schlachtschiffe und große Kreuzer haben, damit wir sie ausscheiden können, um die Kolonien unseres Feindes wegzunehmen. Sir Percy Scott zeigt, daß es keinen Zweck habe, Schlachtschiffe auszuscheiden, wenn der Feind in seinen Kolonien Unterseeboote hat. Ein beliebtes Argument lautet: Wir müssen Schlachtschiffe und Kreuzer haben, um unseren Handel auf hoher See beschützen zu können. Weshalb auf hoher See? fragt der englische Admiral; der Feind brauchte sich ja nicht die Mühe zu geben; mit seinen Unterseebooten brauchte er nur an der Hemisphäre oder vor anderen Häfen zu warten, bis die Schiffe wie die Eisenbahnzüge einführen. Von anderer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß man die Schiffe vollkommen gegen die Angriffe der Unterseeboote schützen kann, indem man an den Eingängen der Häfen Minen legt. Dazu meint Sir Percy Scott, daß das Minenlegen eine lange Zeit in Anspruch nehme und daß die feindlichen

Unterseeboote unterdessen nicht warten würden. Ein Seemannsmitglied schrieb: „Das Unterseeboot hat das Moment der dauernden Unsichtbarkeit eingeführt. Scheinwerfer sind zwecklos, die Kanone hilflos und das Unterseeboot kann außerhalb der Hafenperrung warten, wenn es nicht durchbrechen kann. Dreadnoughts werden nicht vom Ozean getrieben werden, sondern sie werden auf den Ozean hinausgetrieben werden. Als Antwort darauf liest man: „Aus diesen Bemerkungen geht hervor, daß unsere Dreadnoughts nach der Kriegserklärung aus Furcht vor den Unterseebooten hinaus auf die See fahren werden. Wenn das der Fall, so müssen sie von Zeit zu Zeit zurückkommen, um Kohlen einzuladen — und welche eine Ernte werden dann die Unterseeboote einheimen! Ich glaube, es wäre besser, unsere Dreadnoughts in einen Hafen einzuschließen, wenn wir einen sicheren Hafen haben.“

Arme Dreadnoughts! Noch vor kurzem waren sie der Stolz der Chauvinisten aller Länder und heute schreibt ihnen der englische Admiral, der am meisten zur Entwicklung ihrer Angriffskraft beigetragen hat, keine Bedeutung mehr zu. Ja, nach seiner Ansicht werden sie uns in Kriegszeiten nur Sorgen bereiten.

Sir Percy Scott glaubt nicht, daß sich der große Umschwung, der sich im Seekriegswesen vollzieht, die den Nationen aufgebürdeten Rüstungslasten vermindern wird. Er glaubt im Gegenteil, daß die Herrschaft des Unterseebootes die Lasten noch vermehren wird. Den Beweis bleibt er uns allerdings schuldig. Er scheint nur die Rüstungsfabrikanten bewundern zu wollen, auf deren Widerstand gegen die gekennzeichnete Entwicklung im Laufe der Diskussion mehr als einmal hingewiesen wurde.

## „Unter dem alten Schwarz-rot-goldenen Banner der Freiheit“.

Koburger Wahlbetrachtungen

von Konrad Haenisch.

I.

Koburg, 12. Juli.

Von jeher habe ich es für geschmacklos und verkehrt gehalten, nach einem unbefriedigenden Wahlausfall laut über die diesmal ganz besonders hervorgetretene Schlechtigkeit der Feinde zu stöhnen, alle Schuld nur in dieser Schlechtigkeit zu suchen, und die Fehler, die etwa im eigenen Lager gemacht worden sind, möglichst verschwinden zu lassen. Im Grunde genommen steht schließlich — von Gradunterschieden abgesehen — die bürgerliche Agitation immer und überall auf so ziemlich demselben tiefen Niveau, und es macht keinen allzu großen Unterschied aus, ob man sich in Berlin I mit dem Freisinn, im Westen mit den Rängen-Clabbern, in Mitteldeutschland mit den Reichsbewandlern und Nationalliberalen, oder im Osten mit den Junkern herumzuschlagen hat. Es sind immer nur verschiedene Nummern desselben Fadens. Und wenn wir Niederlagen erleiden oder doch nicht fortschreiten in Kreisen, auf die wir Hoffnungen gesetzt hatten, so liegt ein gewisser Teil der Schuld stets auch an uns selbst. Das gilt auch für den Koburger Kreis, in dem leider — von anderen Dingen abgesehen — die Organisationsverhältnisse ganz im argen liegen. Was da in Jahren versäumt worden war, konnte natürlich in den kurzen Wochen des Wahlkampfes nicht wieder gutgemacht werden.

Also: ich bin der letzte, der etwa alle Schuld an dem unbefriedigenden Wahlausfall vom 10. Juli den bösen Feinden in die Schuhe schieben möchte. Trotzdem muß ich sagen: ein Wahlkampf solchen Kalibers, wie er in Koburg in diesen letzten Wochen durch die fortschrittliche Volkspartei geführt wurde, ist mir — trotz reicher Wahlkampferfahrungen in vielen Teilen Deutschlands — noch niemals vorgekommen! Es ist einfach nicht wahr, wenn das „Berliner Tageblatt“ in seiner Ausgabe vom Sonnabend behauptet, daß die Fortschrittler den Wahlkampf unter energischer Betonung ihrer Grundzüge geführt hätten. Von grundsätzlichen Dingen, von politischen Dingen überhaupt, ist gewiß hier und da in Reden freisinniger Führer wie Raumann und List gesprochen worden, in der allgemeinen Wahlagitation der Fortschrittler aber, besonders in der Kleinagitation, war von Politik überhaupt so gut wie gar nicht die Rede! Alle von unserer Seite unternommenen Versuche, die Fortschrittler dazu zu bewegen, sich mit uns auseinanderzusetzen über Fragen der Reichspolitik, über das Koalitionsrecht, die Sozialpolitik, über Seeres- und Flottenfragen, über die Dinge der auswärtigen Politik scheiterten. Immer wieder klangen uns in ewigem Einerlei die beiden ominösen Worte entgegen: Niederfüllbacher Stiftung! Niederfüllbacher Stiftung! Niederfüllbacher Stiftung!

Regelten wir die Fortschrittler auf ihre volksverräterischen Taten im Reichstage fest, so lang es uns entgegen: „Ja, ja... aber wie steht ihr zur Niederfüllbacher Stiftung?“ Fragten wir sie, welche Haltung sie einzunehmen gedächten in den politischen Kämpfen der nächsten Jahre, so hieß es wieder: „Ach was! Die Niederfüllbacher Stiftung...“ Und so fort ins Unendliche!

Auf eine einfache Formel gebracht bestand die fortschrittliche Wahlagitation einfach in folgender Behauptung: „Wählt ihr unseren Arnold, so kommen die Niederfüllbacher Millionen aus Belgien nach Koburg, so können die Landesbeamten um eine Viertel bis eine halbe Million Mark jährlich erleichtert werden.“

Und diese ganze Agitation war nichts anderes als ein aufgelegter Schwindel! Ernsthafte Politiker und Staatsrechtskundige aller Parteien sind mit allen Regierungsstellen, mit dem gesamten auswärtigen Amt und mit jedem verständigen Menschen darin absolut einig, daß der Reichstag in Sachen dieser nebelhaften Millionen aus dem belgischen Leopold Nachlaß nichts, aber auch gar nichts tun kann. Die Belege für diese Auffassung schiehterdinge aller in Betracht kommenden Stellen liegen vor. Mit dem Reichstagswahlkampf hatte daher die ganze Sache genau so wenig zu tun wie etwa die Frage nach der Wohnbarkeit des Mars. Die ganze Agitation war also nichts anderes als ein Schwindel, der moralisch um seinen Wert höher stand, als etwa der bekannte Schwindel der spanischen Schatzgräber, auf den auch Jahr für Jahr viele Dumme hereinfallen.

Daß mein Urteil über diesen Schwindel und über die Rolle, die er im Wahlkampf spielte, nicht zu hart ist, möchte ich dem „Berliner Tageblatt“ beweisen durch einige Sätze aus dem Leitartikel, in dem in ihrer Ausgabe vom Sonntag, den 12. Juli (Nr. 161) die scharf sozialistenfeindliche nationalliberale „Koburger Zeitung“ das Wahlergebnis würdigt; hier sind sie:

„Die Niederfüllbacher Stiftung hat gesiegt! ... Es ist wirklich nicht schwer, die wahre Ursache dieses von keiner Partei erwarteten Ergebnisses zu finden. Hätte Herr Arnold zum erstenmal kandidiert, so würde man geneigt sein, in seiner Wahlziffer den Ausdruck eines ganz besonderen Vertrauens zu erblicken. So aber hat er erst im Jahre 1909 mit Herrn Dr. Duard um das Reichstagsmandat gekämpft — und nur 3043 Stimmen erhalten, obwohl doch seine in der jetzigen Wahlagitation gerühmten Verdienste sicher auch schon damals, wo er gerade sein 25jähriges Jubiläum als Landtagsabgeordneter hatte feiern können, bestanden haben. 3043 und heute 5612, also fast doppelt so viel!“

1909 gab es noch keine Steinalthalbahn und keine Niederfüllbacher Stiftung, — das ist des Rätsels Lösung.

Man rühmt den Bauern einen starken konservativen Geist nach, man weiß, daß sie nur mit Zweifel an die Dinge des Freisinnigen herantreten. Und doch haben sie scharfweise die nationalliberale Fahne verlassen, um in das freisinnige Lager zu desertieren. Mit ihnen ging keine geringe Zahl Sozialdemokraten... Dies alles hat nur das liebe Geld, haben nur die Niederfüllbacher Millionen zustande gebracht. Der Vorsitzende der nationalliberalen Partei Herr Professor Dr. Gebhardt hat in seiner geistigen Anspannung an die Parteifreunde die Situation durchaus richtig gekennzeichnet, wenn er konstatierte, daß die Nationalliberalen nicht dem Freisinn unterlegen, sondern einem ganz plumpen Schwindel zum Opfer gefallen sind!“

Das nationalliberale Blatt fährt dann in einer besonderen umkränzten „Schrifttafel“ die Namen aller der Gemeinderäte des Koburger Landes auf, welche nicht auf den Niederfüllbacher Reim getrocknet sind.

Auf derselben politischen Höhe wie der Niederfüllbacher Schatzgräberschwindel des Freisinn stand seine (in dem Zitat aus dem nationalliberalen Blatte erwähnte) durch und durch trübselige Agitation mit der Steinalthalbahn — irgend einer gleichgültigen Lokalbahn, um deren Bau sich Herr Arnold als Präsident des elf Mann starken Koburger Landtages angeblich unsterbliche Verdienste erworben hat.

Und angesichts dieser Agitationsmethoden, die, wie gesagt, den ganzen Wahlkampf durchaus beherrschten, wagte ein freisinniges Flugblatt unmittelbar vor der Wahl zu behaupten, die Fortschrittler hätten den Wahlkampf geführt — „unter dem alten Schwarz-rot-goldenen Banner der Freiheit!“ Es ist zum Erbrechen!

Moralisch womöglich noch tiefer als Steinalthalbahnagitation und Schatzgräberschwindel stand die Propaganda, die die Fortschrittler unter den blutarmen Hausindustriellen des Koburger Landes führten, eine Propaganda, die auf den Say hinauslief: „Wählt ihr unseren Arnold, so braucht ihr künftig für eure Arbeiter keine Beiträge zur Krankenversicherung mehr zu bezahlen. Diese Last haben euch allein die verfluchten Sozialdemokraten aufgebürdet.“

Kun steht es ganz außer Zweifel, daß den armen kleinen Hausgewerbetreibenden der im Koburger Lande stark verbreiteten Spielwaren- und Korbmachereindustrie die Bezahlung der Versicherungsbeiträge überaus sauer wird. Diese armen Schluider haben selbst oft nur Wochenverdienste von 15—20 M. und wenn sie sich auch stolz „selbständige Fabrikanten“ nennen (der Freisinn nährt diesen durch die Tatsachen täglich Lügen gestrauten Selbstbildigkeitstrophäen der armen Menschen mit den niedrigsten Mitteln einer krupelosen Demagogie!) — wenn, sage ich, diese armen Leute sich auch stolz „selbständige Fabrikanten“ nennen, so sind sie doch in Wahrheit selbst nichts anderes als arme, ausgebeutete Proletarier. Ja, war in diesen Wochen in solchen hausgewerblichen Betrieben und kann nur sagen, daß das Elend, das der hier in seinen widerlichsten Formen sich auswirkende Kapitalismus geschaffen hat, ganz unbeschreiblich ist, daß sich das Herz jedes fähigenden Menschen zusammenkrampfen mühte beim Anblick dieses namenlosen Jammers. Es ist deshalb auch selbstverständlich ganz ungerührt, daß diese armen „Fabrikanten“ einen großen Teil der Versicherungslasten tragen müssen. Von Rechts wegen müßten diese Lasten e s t l o s den reichen Händlern, den sogenannten „Kaufleuten“, aufgelegt werden, die aus dem Doppelselbst der kleinen „Fabrikanten“ und ihrer Arbeiter rotes Gold münzen. Dafür kämpft denn auch gerade die Sozialdemokratie — gegen den jählichen Widerstand der fortschrittlichen Klassenoffenen dieser Kaufleute. Die Sozialdemokratie hat ja auch bekanntlich dem ganzen Jammer-

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

vollen Pflichten der Reichsversicherungsordnung den schroffen Widerstand entgegenzusetzen und das Gesetz schließlich einmütig abgelehnt, während die Liberalen beider Schattierungen ihm zustimmten!

Diesem völlig klaren Tatbestand verlehren nun die Fortschrittler in sein Gegenteil! Mit einer beharrlichen Logik, wie ich sie selbst beim Reichsverband und bei den Vorgesetzten der Münchener-Gladbacher Jesuitenschule noch niemals erlebt habe, machten sie aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz. Selbst ein Mann wie der Reichs- und preussische Landtagsabgeordnete Nestor Kopsch hatte die Stimm (das Stenogramm seiner Rede liegt mir vor) den verstorbenen früheren Abgeordneten für Koburg, den Genossen Fritz Bietz, indirekt für die bestehenden Missetaten verantwortlich zu machen. Und das alles — „unter dem alten schwarz-rotgoldenen Banner der Freiheit!“ (Schluß folgt.)

## Politische Uebersicht.

### Gegen die Opfer des Charlottenburger Denkmalsprozesses.

Die ungerechte und drakonisch hohe Strafe von 5 1/2 Jahren Gefängnis gegen die vier Arbeiter, die das Kaiser-Friedrich-Denkmal mit den Worten „Rote Woche“ beschriftet hatten, hatte die lebhafteste Empörung nicht nur sozialdemokratischer Kreise hervorgerufen. Wir berichteten, daß auch an uns von der Partei fernstehenden Kreisen Summen mit der Bitte eingeschickt waren, sie zugunsten der Familienangehörigen der Opfer der Dege gegen die Sozialdemokratie zu verwenden. Um für die einlaufenden Spenden eine einheitliche Stelle zu schaffen, teilte, wie unsere Leser sich entsinnen, der Zentralvorstand des Wahlvereins von Teltow-Beeskow mit, daß sein Kassierer solche Beiträge entgegennimmt und die Auszahlung der Unterstützung regeln werde. Wegen dieser Veröffentlichung sind jetzt Strafverfahren eingeleitet. Der Redakteur der „Frankfurter Volkstribüne“ Genosse Hake und in den letzten Tagen die Genossen Max Broger als Sekretär und Alex Pagels als Kassierer des Wahlvereins von Teltow-Beeskow sind wegen „Aufforderung zu einer unerlaubten Sammlung“ verurteilt worden. Es erübrigt sich ausführlich darzulegen, daß eine Straftat keineswegs vorliegt. Weder das Geben von Geldern für die Kinder der Opfer des Charlottenburger Urteils noch das Annehmen solcher Gelder und ihre Entgegenführung der Zweckbestimmung ist strafbar. Solche Handlungen waren nicht einmal unter dem Sozialistengesetz strafbar. Der Verlust einer Bestrafung für die Vindicta der Lage der Frauen und Kinder der zu 5 1/2 Jahren zu Unrecht Verurteilten ist für unseren Staat charakteristisch.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß noch immer bürgerliche Pressorgane sich finden, die behaupten, der „Vorwärts“ habe im März die Anpöndelung des Denkmals als eine so ruchlose Tat bezeichnet, daß sie nur von Spiegeln ausgeführt sein können. Derartige ist, wie unsere Leser wissen, dem „Vorwärts“ nie eingeleitet. Er hat mit vollem Recht am 13. März erklärt, die Tat sei ein bedauerlicher Anflug, weil Denkmäler unter öffentlichem Schutz stehen, die Personen, die unbedacht jene Tat begangen haben, könnten aber als Widerlungsgrund sich darauf berufen, daß sie durch die Polizeiprovozierung war. Denn wäre das polizeiliche Verbot der Plakate nicht ergangen, so wäre wahrscheinlich niemand auf den Gedanken gekommen, durch Aufschrift an einem Denkmal die Aufmerksamkeit auf die „Rote Woche“ zu lenken. Und damit hatten wir völlig recht. Die Parteileitung von Groß-Berlin hatte eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wurde: „Gewisse Umstände legen den Verdacht nahe, daß man es mit der beträchtlichen Tat eines Spiegels oder eines fanatischen Gegners unserer Partei zu tun hat.“ Im Anschluß hieran erfolgte unsere oben wiedergegebene Darlegung. Neue Koburg dem Befehl, der „Vorwärts“ habe das Bescheiden des Denkmals für eine Spiegeltat gehalten, gibt eine Auslassung in der neuesten Nummer der „Hader“. In ihr heißt es:

„Allgemein war man deshalb in der Partei auch sofort der Ueberzeugung, daß es sich um einen von Gegnern verübten „Liebesdienst“ handle, der der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben werden sollte. Davon war besonders auch die Parteileitung von Groß-Berlin so fest überzeugt, daß sie eine Belohnung für die Ermittlung des oder der Täter aussetzte.“

Solche irreführenden Behauptungen sollte man unterlassen. Die Parteileitung von Groß-Berlin hat nie eine Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt. Das tat die Polizei. Ebenso wenig teilte man allgemein die Ansicht über eine Kopfschüttel. Derartige Behauptungen nähern der Agitation nichts und sind lediglich geeignet, die mit Recht bestehende Empörung über das Charlottenburger Urteil herabzusetzen.

Die neueste staatsanwaltschaftliche Aktion möge von neuem wertvolles Eintreten für die Familienangehörigen der Opfer des Denkmalsprozesses wahrnehmen.

### v. Hertling als Oberbachemitt.

Der bayerische Ministerpräsident, Graf v. Hertling, hält es mit seiner amtlichen Stellung vereinbar, noch öfter als vor einigen Tagen als Chef und Protektor der bismarckischen Klerikalen Bayern aufzutreten. Sein Organ, die „Bayerische Staatszeitung“, kommt in ihrem geistigen Rundblick auf die Angelegenheit des Formbriefes des Bischofs von Como zurück und bemerkt: „Die Staatszeitung ist nicht im Interesse einer Partei tätig gewesen. Bestimmend gewesen ist vielmehr die Absicht, die Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen im Vatikan darauf zu lenken, daß es im allgemeinen nicht der Meinung entspricht, daß ein bismarckischer Bischof sich kritisch über Verhältnisse eines Landes verbreitet, über die zu urteilen er nicht berufen ist.“

Graf v. Hertling ist vorsichtig. Er wendet sich nur gegen den Bischof von Como und spricht nur diesem als einem „beliebigen“ Bischof das Recht ab, sich in die politischen Verhältnisse Deutschlands zu mischen. Aber hinter diesem Bischof steht der Papst — hält der Herr Staatsminister auch diesen nicht für berechtigt, über die politischen Verhältnisse Deutschlands zu urteilen und den deutschen Katholiken von Rom aus politische Weisungen zu geben? So wenig sonst der bayerische Ministerpräsident dazu neigt, sich im Hintergrund zu halten, wird er diese Frage kaum verneinend beantworten, denn er würde sich dadurch nach der katholischen Kirchenlehre der Häresie, der Ketzerei, schuldig machen.

### Zur Stichwahl in Koburg.

Der Vorstand der nationalliberalen Partei und der ausgefallene Kandidat der Nationalliberalen haben im Wahlkreis Koburg ihre Wähler öffentlich aufgefordert, einmütig dem fortschrittlichen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Das war vorauszusetzen.

### Der sächsische Kriegsminister und die Soldatenmishandlungen.

Der sächsische Kriegsminister, Generalleutnant von Carlowitz, hat auf dem Bundestage der sächsischen Militärvereine in Reichen eine Rede gehalten, in der er auch die Soldatenmishandlungen und die jüngsten Prozesse, die sich mit diesen Mishandlungen beschäftigten, erwähnte. Er sagte u. a.: „Ich leugne nicht, daß wir in der Armee eine Anzahl von Elementen haben, die wir je eher je lieber abstoßen möchten nach horten, woher sie gekommen sind. Ich leugne auch nicht, daß die Soldatenmishandlungen noch nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind, aber man sollte sich doch mehr vor maßlosen Uebertreibungen hüten und den guten Willen der Heeresverwaltung, hier vollkommene Besserung herbeizuführen, nicht in Frage ziehen.“

Selbst ein bürgerliches Blatt, wie die „Berl. Volkszeitung“, bemerkt zu diesem Erguß: „Den guten Willen der Heeresverwaltung in allen Ehren! Aber mit dem Abstoßen der Soldatenmishandler will es nicht so gehen, wie es der neue sächsische Kriegsminister wünscht. Sehr selten sind die Fälle, wo ein Untergehener, der Soldatenmishandlungen selbst schwerer Art begangen hat, des-

halb zur Entlassung aus dem Heere bestraft wird. Die meisten Soldatenquälereien bleiben der Armee nach Abbüßung ihrer Strafe erhalten, so daß, wenn die Heeresleitung auch den guten Willen haben mag, die Soldatenmishandlungen auszurufen, sie leider nicht den richtigen Weg betritt, diesem ihrem Willen den erhofften Erfolg zu sichern.“

### Gegen die Militärmisshandlungen.

Eine große Volksversammlung in Stuttgart in Jekelbau nahm am Sonntag Stellung zu dem Militärmisshandlungsprozeß gegen die Genossen Luxemburg. Das Referat hatte Genosse Dr. Paul Leuz, Frankfurt a. M., einer der Verteidiger der Genossen Luxemburg, übernommen. Er schilderte kurz den bisherigen Verlauf des Prozesses. Unbeschreibliche Erregung durchdrückte die Riesenversammlung bei der Mitteilung einiger Misshandlungsfälle aus dem einschlägigen Material, das den Verteidigern zur Verfügung gestellt worden ist. So wurden einem Soldaten die Haare an den Geschlechtsstellen versengt. Einem Soldaten wurde befohlen, einem Kameraden in den Mund zu spucken. Und er tat's! Ein Soldat wurde gezwungen, bis zur äußersten Erschöpfung am Querbaum zu hängen. Als er herabzufallen drohte, befohl ein Offizier, dem Soldaten den Gewehrlauf vor den After zu halten. Alte Leute mußten bis zum Umfallen Kniebeuge und Gewehrreden üben. Dann wurde ihnen gesagt: „Bekannt Euch bei dem und dem Rekruten!“ So wurden die alten Leute systematisch zur Mishandlung ungeschickter Rekruten ausgehebt. Nicht ein Prozent der Militärmisshandlungen werden von der offiziellen Statistik erfasst. Ueber 3000 Misshandlungsfälle sind den Verteidigern im Luxemburg-Prozeß bereits unterbreitet worden, und täglich häuft sich noch das Material.

An etlichen drastischen Fällen zeigte der Redner dann, wie rechtlos der gemeine Soldat ist, wie furchtbar die Strafen sind, die er zu gewärtigen hat, wenn er sich gegen die Subordination auflehnt, die solche Schmach ermöglicht; wie milde hingegen die Militärstrichter sehr oft mit Soldatenhändeln verfahren. Ein Soldat wurde wegen Achtungsbeleidigung und anderer kleiner Delikte, verurteilt durch die Schlichterseite seitens eines Vorgesetzten, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Feldwebel zwang einen Soldaten, der den Oberschenkel gebrochen hatte und den der Feldwebel für einen Simulanten erklärte, durch schwere Mishandlungen, sich vom Boden zu erheben und trotz wahnsinniger Schmerzen sich um einen Tisch zu schleppen. Der Feldwebel erhielt dafür 5 Tage Mittelarrest. „Ein minder schwerer Fall“, sagten die Militärstrichter. Ein Unteroffizier band einem Soldaten die Ohrmuschel so an die Schulter, daß das Ohr sich unter großen Schmerzen löste. Der Soldat kam ins Lazarett. „Ein minder schwerer Fall“, sagten die Militärstrichter. Der Unteroffizier wurde mit 21 Tagen Gefängnis bestraft. (Ungeheure Erregung, die sich in scharfen Zwischenrufen Luft zu machen suchte.)

Der Redner schloß: Der Kampf gegen die Militärmisshandlungen ist der Kampf gegen den Militarismus, ist der Kampf um die Befreiung des Menschengeschlechts überhaupt! Hinweg mit dem Kadavergehorsam! Hinweg mit dem Klassenstaat, der solche Zustände schafft! Was sie beim Militär verfluchen, müssen wir frei machen! Was sie schänden, müssen wir adeln! Es darf keine Zeit geben, da deutsche Soldaten auf Vater und Mutter schießen! Es muß die Zeit kommen, da die deutschen Soldaten mit uns einstimmen in den Ruf: Es lebe die Freiheit!

In stärkster Spannung folgte die Riesenversammlung den Ausführungen des Redners. Wild erregte Entrüstungsdemee wucherten ab mit tosendem Beifall, der sich zum Schluß zu einer Brausenden, immer wieder einkehrenden Kundgebung des Einverständnisses mit dem Redner steigerte.

## Verklungene Zeiten.

Unsere Hagener Parteiorganisation begeht am 14. Juli die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Zu diesem Tage hat der Parteifreier des Kreises, Genosse Konrad Ludwig, eine Gedenkschrift verfaßt, die den Titel „Der Freiheit eine Gasse“ trägt. In ihr sind eine Reihe recht interessanter Erinnerungen aus der politischen Vergangenheit des Kreises erwähnt, die zu der Gegenwart in mehr als einer Beziehung stehen.

In die längst verklungene Zeit, wo der deutsche Liberalismus noch nicht sein ganzes Heil in widerloser Vereinerlei erblickte, führt uns die Einleitung der Broschüre zurück. Als 1849 die Nationalversammlung vom Ministerium Brandenburg auseinandergegangen worden war, beschloß die liberale Hagener Stadtverordnetenversammlung, ihren zu einer Gemeindevorsteherkonferenz der Provinz Westfalen entsandten Vertreter folgende Instruktion mitzugeben:

„Se. Majestät möge geruhen, die jetzigen Räte der Krone zu entlassen und sich mit einem vorkommlichen und deutschgesinnten Ministerium umgeben, die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Revision, als rechtsverbindlich anzuerkennen.“

Das waren immerhin Worte, die heute in keiner liberal beherrschten Stadtverordnetenversammlung mehr möglich wären, wo man durchweg eine höfliche Angst vor der Ueberschreitung der Kompetenzen besitzt. Aber es waren nicht nur Worte, sondern auch kompetente Taten, was die Liberalen von 1849, wenn auch vergeblich, der junkerlichen Reaktion entgegensetzten. Zur Unterdrückung des Aufstandes in Baden wurden von den preussischen Behörden alle Wehrmänner zu den Waffen gerufen. Eine Versammlung in Akenhagen, die von 3000 bis 4000 Personen besucht war, beschloß darauf, daß die Wehrmänner sich nicht einleiden lassen dürfen. Als die Einleitung am 10. Mai auf einem großen Hagener Platz vor sich gehen sollte, trat einer der Wehrmänner, Aufrufführer Kunde vor und fragte den überwachenden Major, wozu die Einleitung geschehen solle. Auf eine androehende Antwort erklärte Kunde, die preussische Fahne sei entehrt, sie alle wollten sich nur um die schwarz-rot-goldene Scharen. Als darauf der Major Freiwillige vor die Front rief, traten nur zwei Schwelmer vor, die aber nicht eingeleidet, sondern von den Hagenern jämmerlich verprügelt wurden. Nach diesem Akt wurde über ganz Hagen, Jekelbau und eine Anzahl ländlicher Kreise der Belagerungsstand verhängt. Militär rückte von allen Seiten heran. Ein eigentlicher Kampf fand nicht statt, da die ungenügend bewaffneten Bürgerwehren gegen die Soldaten natürlich nichts unternehmen konnten. Beim Einzug der Truppen in Jekelbau wurde jedoch ein Offizier erschossen, worauf das Militär furchtbare Rache nahm. 43 Bürger blieben tot auf dem Plage. Ein späterer Prozeß vor dem Schourgericht in Wesel, das gegen mehr als 60 Angeklagte — unter ihnen C. M. Tölke — verhandelte, endete mit der Freisprechung der Sänder. Die drei „Mädelsführer“ waren rechtzeitig nach Amerika geflohen.

Die Reaktionszeit vermochte nicht, bei den Hagener Liberalen den Kampfsgeist völlig zu bannen, wenn auch Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre schon eine Trennung unter ihnen bemerkbar wurde, die im wesentlichen auf die Arbeiterfrage zurückzuführen ist. So z. B. lehnte die Hagener Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1868 ab, einer amtlichen Aufforderung, städtische

Gelder für die Veteranen von 1813 zu bewilligen, nachzukommen. Ihr Beschluß lautete:

„In Erwägung, daß die Unterstützung der Veteranen so wesentlich eine Pflicht des ganzen Staates ist, für dessen Rettung sie Gut und Leben eingesetzt haben, daß darin eine Kommunallast nicht erkannt werden kann, . . . muß der Gemeinderat solche Bewilligungen aus der Kommunalkasse, wie sie für den ganzen Staat als Pflicht und würdigen Dank auch gegen die hiesigen Veteranen zu gewähren hat, — im Prinzip ablehnen.“

Man erinnere sich, was in unseren Tagen bei ähnlichen Anlässen die tapferen Liberalen gegen unsere Genossen gewollt haben! Die Hagener liberalen Stadtverordneten bewilligten dann demonstrativ zur Vervollständigung ihres Beschlusses 100 Taler zu Händen eines privaten Komitees, das die Veteranen zu unterstützen unternahm. In dieser Zeit erschien auch im Inzeratenteil der „Hagener Zeitung“, eines heute gar frummen Fortschrittsblattes, täglich als Inzerat die bekannte Strophe:

Nicht Noß, nicht Reißige  
Sichern die feste Hölz',  
Wo Fürsten stehen.

Als die Regierung darauf der „Hagener Zeitung“ auf den Leib rückte, es war gerade die Verordnung betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften erlassen worden, blieb das Inzerat aus und der Besteller, der oben erwähnte Herr Kunde erklärte öffentlich:

„Es wird schon die Zeit kommen, wo man in den betreffenden Regionen unserer Strophe wieder ihren Wert gönnt; mag man für jetzt das obige Wortlein „nicht“ in „nur“ umändern und weiterfingern.“

Liebe des Vaterlands,  
Liebe des Bürgermanns  
Ist es allein nicht mehr:  
Nur noch das Heer.“

Wie schon erwähnt, war es die Arbeiterschaft, die allgemach den Wahnsinn aus den liberalen Gemütern austrieb und sie ängstlich vor dem Anmarsch des Proletariats, in die Arme des schwertführenden Junkertums jagte. Ramentlich in Hagen vollzog sich die Scheidung zwischen Demokratie und Liberalismus bald, zumal Lassalles Lehren dort ihren Einzug hielten und den Arbeitern Erkenntnis über ihre Klassenlage beibrachten. 1872 war es dann schon so weit, daß eine „liberale“ Firma Friede u. Gudd in der „Hagener Zeitung“, ergrimm über eine Arbeitseinstellung in ihrem Betriebe, folgendes Eingekandt lossagte:

„Nicht nur die Verwilderung, sondern auch die Verdummung nimmt durch die Agitation der Sozialdemokratie und deren Reden überhand. Am letzten Sonnabend wurde in unserem Betrieb eine Kennerung der Arbeitstheorie (soll wohl Abzug heißen) publiziert. Im blinden Eifer verließ man sofort die Fabrik, zwang sogar die Bohrungen von 16 bis 18 Jahren, die Arbeit mit zu verlassen. . . Es ist ein wahrer Skandal, daß Arbeiter, denen man in Kriegszeit Arbeit verschafft hat, glauben, das Recht zu besitzen, in besserer, lebhafterer Geschäftskonjunktur nach Belieben feiern zu dürfen.“

Siehe da, wie hier vor mehr als vierzig Jahren die heutige Koalitionsrechtsfreundschaft der Nationalliberalen aufblüht!

In modernere politische Zeiten führt dann eine Erinnerung an die Wahlzeit 1906/7, wo das Zentrum als „reichsfeindlich“ galt und

in Opposition zur Regierung stand. Damals lagen im Hagen<sup>er</sup> Kreise, wo sich inzwischen die Sozialdemokratie stark entwickelt hatte, die Dinge so, daß von unseren Genossen mit dem Zentrum ein ausdrücklicher Vertrag über gegenseitige Stütz- und Hilfe abgeschlossen wurde. Die Tatsache ist ja bekannt, aber immerhin gerade jetzt erwähnenswert, weil das heute als so nationale Zentrum darüber den Mantel der Vergessenheit bedekt möchte. In Hagen-Schwelm fand Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Freisinn, in Hamm-Soest zwischen Zentrum und Liberalen statt. Ueber die gegenseitige Unterstützung wurde in gemeinschaftlicher Sitzung im katholischen Vereins- hause in Unna verhandelt. Anwesend waren Vertreter der Zentrumsparthei aus den Kreisen Hagen und Hamm-Soest, außerdem das sozialdemokratische Wahlkomitee von Hamm-Soest und drei Herren aus Hagen-Schwelm: Konrad Ludwig, C. Sam und Th. Schädemann. Leiter der Verhandlungen war Genosse Bömelburg. Von den anwesenden Zentrumsvertretern seien genannt Pfarrer Sandhage und der Vorsitzende des Hagener Zentralwahlkomitees Weyer. In dieser Sitzung wurde bereits die gegenseitige Stütz- und Hilfe vereinbart. Endgültig abgeschlossen wurde die Vereinbarung erst am 8. Februar, da das Zentrum vorher nur eine stille Parole für Hagen geben wollte, womit unsere Genossen nicht einverstanden waren. Am 4. Februar 1907 wurde dann in Hagen-Schwelm folgendes Flugblatt verbreitet:

Stütz- und Hilfeparole der Zentrumsparthei des Kreises Hagen-Schwelm.

Unter Berücksichtigung des Verhaltens des Gesamliberalismus gegenüber der Zentrumsparthei erklärt sich das Wahlkomitee der Zentrumsparthei des Kreises Hagen-Schwelm außerstande, für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei einzutreten. Es betrachtet daher den Kandidaten der Sozialdemokratie in diesem Falle als das kleinere Uebel und überläßt den Zentrumswählern die Entscheidung.

Eine anderweitige Parole ist nicht als maßgebend zu betrachten.

Das Wahlkomitee der Zentrumsparthei.  
J. A. Weyer, Vorsitzender.

Dieser Parole war die der Sozialdemokratie angepaßt. Das ganze Abkommen fand dann Ausdehnung auf die Kreise Viesefeld, Wiedenbrück und Osnabrück. Das Resultat ist bekannt. In Hamm-Soest wurde mit unserer Hilfe der Zentrumsmann gewählt, ebenso in Osnabrück. In Viesefeld gelang es, Genossen Sebering mit Hilfe des Zentrums durchzubringen, während Genosse König gegenüber dem freisinnigen Cuno noch einmal unterlag. Immerhin ist an den Stimmresultaten ersichtlich, daß auch in Hagen-Schwelm viele Zentrumsstimmen auf unseren Kandidaten entfielen.

Das alles sind Erinnerungen aus verklungenen Zeiten. Ueber die Entwicklung des Liberalismus braucht, namentlich wenn an die Kuratwahl von 1907 erinnert wird, kein Wort mehr gesagt zu werden. Die Tage des Parteitums mit dem Zentrum sind ebenfalls endgültig vorüber. In allen großen politischen Fragen steht die Sozialdemokratie allein. Es ist eine ihrer Aufgaben, das Brauchbare aus dem Testament des wirklichen Liberalismus zu vollstrecken, eine andere, den Glauben an die Zentrumsdemokratie aus den Köpfen der christlichen Arbeiter zu verbannen. Bei diesem Tun auf die Jahre des Verdens dieser klaren Situation zurückzuführen, ist keine unlohnende Sache. Sie scharft den Willen für die Kämpfe, die da kommen werden und zu ihrer siegreichen Befreiung die ganze Kraft der Sozialdemokratie erfordern.

### Todesopfer des Militarismus.

Die aus Frankfurt gemeldet wird, sind dort beim Grenadierregiment Nr. 12, das von dem durch die Zaberleutwalle „berühmt“ gewordenen Obersten von Reuter kommandiert wird, infolge eines ausgebreiteten Marsches bei großer Hitze und in zahlreicher Entfernung vorgekommen. Das Grenadierregiment Nr. 12 war am Sonnabend früh zu einer größeren Feldübungsübung ausgerückt. Die Übung zog sich trotz der großen Hitze bis in die Mittagsstunden hin. Als das Regiment in die Stadt zurückkehrte, wurde in einem Wagen eine Anzahl marschunfähiger Leute, die infolge des heißen Wetters schlapp geworden waren, zurücktransportiert. An den Folgen sind zwei Leute des Regiments, ein Einjähriger und ein Grenadier, gestern nachmittag und heute vormittag gestorben. Außerdem sind mehr als 100 Soldaten erkrankt.

### Militärische Vorkehrungen in Italien.

Die italienische Regierung hat den Reservejahrgang 1891 zu den Waffen einberufen. Ueber die Gründe dieser Maßnahme sind verschiedene Gerüchte verbreitet. Am wahrscheinlichsten ist, daß dadurch Vorkehrungen gegen einen neuen Eisenbahnaustritt getroffen werden soll. Andererseits heißt es auch, daß die Regierung für ein etwaiges Eingreifen in Albanien gerüstet sein will.

### Der Aufstand in Albanien.

Rom, 13. Juli. Die Agenzia Stefani meldet aus Durazzo: Die Aufständischen haben gestern mittag Berat eingenommen.

In der Umgebung von Berat befinden sich gegenwärtig an 50 000 völlig mittellose Flüchtlinge in der größten Notlage. Die griechischen Banden sind bereits über den Distrikt Strapar hinausgelangt.

### Ein Attentat auf Rasputin.

Petersburg, 13. Juli. Der russische Mönch und Gesundheitsberater Gregori Rasputin, der am Zarenhofe großen Einfluß hat, ist heute einem Attentat zum Opfer gefallen. Eine Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, stieß in dem Dorfe Prokomsloje bei Tjumen dem Priester einen Dolch in den Leib. Die Frau, die sofort verhaftet wurde, gab an, daß sie die Absicht gehabt habe, den Zarschreiber, der alle verbürge, aus dem Wege zu schaffen. Die Verletzung, die Rasputin erlitten hat, ist sehr schwer. Die Eingeweide sind zerrissen und das Ableben des Verwundeten wird stündlich erwartet.

### Frankreich.

#### Finanzielle Schwierigkeiten.

Die französische Kammer arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck. Sie hält vormittags und nachmittags Sitzungen ab. Der Regierung und den bürgerlichen Parteien ist vor allem darum zu tun, das Budget durchzusetzen und die Kammer dann zu verlaten. Herr Poincaré will nach Rußland reisen und die Kammer soll vorher in die Ferien gehen, damit nicht unvorhergesehene Zwischenfälle in letzter Stunde einen Sturz durch seine Reise machen. Die Debatten werden daher fast ausschließlich von unseren Genossen geführt: die Vertreter der bürgerlichen Parteien schweigen sich in allen Tonarten aus und die Vertreter der Regierung auch. Die Schwierigkeit für die Regierung liegt in dem Mangel an Mitteln. Es beträgt nicht weniger als eine Milliarde Frank. Unsere Genossen Sembat, Thomas und Bedouce klagen die Regierung in der letzten Sitzung an, daß dieses Defizit allein durch die dumme und eitle Politik des Imperialismus verursacht worden sei. Der Finanzminister Rouleux gab zu, daß das Defizit eine Milliarde betrage. Vierhundert Millionen davon würden durch die neuen Steuern und Abgaben gedeckt werden. Sind noch zu diesen 600 Millionen! Und darüber wird der Kampf beginnen. Nicht nur um die Deduktion dieser 600 Millionen, sondern um die dreijährige Dienstzeit, die Mutter des Niederkommens. Genosse Jaurès sagt in der „Humanité“: Der Minister wird sagen müssen: Es sind eine Milliarde neuer Steuern erforderlich. Dieser Tag, der nahe ist, wird die Frage der 3 Jahre aufs neue auf die Tagesordnung bringen. Und das wird der schwierigste Moment sein, den unsere leitenden Personen zu überwinden haben werden.

#### Stürmische Sitzung des Senats.

Paris, 13. Juli. Der Senat beriet heute nachmittags einen Gesetzentwurf, durch den der Kriegs- und der Marineminister zu einmütigen Ausgaben für die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung ermächtigt werden. Charles Humbert, der Berichterstatter der Ermächtigungskommission, erklärte, daß wenn das Dreijahresgesetz dem Lande die notwendige Zahl gegeben habe, eine große Anstrengung doch nötig sei, um die materielle Organisation zu verbessern. Er wies vor allem darauf hin, daß das Material der Feldartillerie mehr und mehr gegenüber dem deutschen ins Hintertreffen gerate. Der französische Armee fehlten Offiziere, das Verhältnis nach ihnen liege klar zutage und sei jetzt anerkannt.

Charles Humbert kritisierte weiter sehr lebhaft die Heeresverwaltung und erklärte, daß die französische Industrie gewisse Gegenstände beim Auslande in besserer Qualität liefere als dem Heere. (Bewegung.) Es sei nicht genügend Geschützmaterial vorhanden. Auch fehle es an anderen Ausrüstungsgegenständen, darunter an zwei Millionen Paarschuhen. Man verfolge gegenwärtig nicht über das notwendige Material, um die Rosten der Rhein zu überschreiten. Die Befestigungen an den Forts zwischen Toul und Verdun seien seit 1875 nicht verbessert worden. Sie könnten nur einen ungenügenden Widerstand leisten. Der Eindruck, den die Einnahme eines dieser Forts zu Anfang eines Krieges auf das Land machen würde, sei nicht abzusehen. Humbert wies darauf hin, daß Deutschland im Gegenteil alle seine Werke an der Grenze in die Lage versetzt hätte, ihre Aufgabe zu erfüllen. Die Befestigungen seien dort den Fortschritten auf dem Gebiete der Belagerungsartillerie angepaßt worden. Mehr würde nicht beschossen werden können, ehe nicht die erste Befestigungslinie, die 12 Kilometer davon entfernt sei, genommen wäre. Die vom Parlament geforderten Millionen seien umsonst ausgegeben worden. (Bewegung. Große Aufregung.) Das Parlament werde alle unumgänglich notwendigen Opfer bringen. Man müsse die Organisation und die Denkweise der leitenden Stellen der Armee ändern. Die Kriegsminister wechselten zu häufig und seien über die ihnen unterstehenden Dienstzweige schlecht unterrichtet. Humbert schloß: Der Minister müsse seine Pflicht erfüllen, da das Land, welches dem Heere alles gebe, was es von ihm fordere, das Recht habe, von der Heeresverwaltung zu fordern, daß sie ihrerseits alle notwendigen Opfer bringe. (Sehr gut! Beifall.)

Kriegsminister Reffiny erklärte darauf, daß er nicht auf die einzelnen von Humbert angeführten Tatsachen antworten werde. Man hätte ihn vorher benachrichtigen müssen. Clemenceau unterbrach den Kriegsminister und sagte, daß es in diesem Moment notwendig wäre, darauf zu antworten, da das Land das Recht habe, zu wissen, ob das Geld gut oder schlecht ausgegeben werde. Es seien sehr schwere Tatsachen vorgebracht worden. Darauf müsse geantwortet werden. Kriegsminister Reffiny erklärte, daß die Wichtigkeit der Tatsachen, einzeln für sich genommen, nicht sei, wenigstens als Ausnahmen, aber nicht in der Art, wie sie dargestellt

worden seien. (Zwischenrufe.) Clemenceau unterbrach den Kriegsminister abermals und erklärte, der Senat könne nicht die Kredite bewilligen, ohne alle gewünschten Aufklärungen zu erhalten. Die Stimmung im Saale war unruhig, der Kriegsminister aufgeregt. Reffiny erklärte, daß die französischen Ausgaben für die Ausrüstung nicht geringer gewesen seien als die deutschen. Man dürfe die Heeresverwaltung nicht verantwortlich machen, da sie von der Finanzverwaltung Befehle erhalten habe. Clemenceau rief: Unter diesen Umständen ist keine Ordnung möglich. Wir werden wieder geschäftlich noch regieren. Kriegsminister Reffiny fügte hinzu, daß man sich bei allem Bedauern über die vorgebrachten Kritiken doch zu der heutigen Debatte beglückwünschen müsse. Das Land müsse wissen, daß es eine große Anstrengung machen müsse, um seine Ausgaben zu verbessem. Die in dieser Hinsicht notwendigen Ausgaben würden zunehmen. Der fortwährende Wechsel in der Besetzung des Kriegsministeriums sei die Hauptursache des Übels. Die Bewilligung der Programme verlange eine dauernde und zähe Anstrengung. Humbert habe Recht gehabt, die Heeresverwaltung zu kritisieren. Es sei notwendig, die Heeresverwaltung zu reorganisieren. Reffiny forderte vom Senat, das Programm der Regierung anzunehmen. Bei dem größten Teile des neuen Materials seien die Prüfungen abgeschlossen und die Konzentration müsse sobald wie möglich beginnen. Reffiny sagte zum Schluß, er übernehme die Verantwortung, die Ausführung dieses Programmes so streng wie nur möglich zu überwachen, um die Verteidigung des Landes auf ihre höchste Stufe zu bringen. Darauf sagte Clemenceau: Seit 1870 habe er keiner so beunruhigenden Parlamentssituation beigewohnt wie heute. Man müsse auf die Kritiken Humberts antworten. Dies sei für die Armee und das Land notwendig. Diese Dinge könnten nicht mit dem gewöhnlichen Diktator aller behandelt werden. Er zweifelte nicht an dem Eifer der Mitarbeiter des Kriegsministers, aber die Ergebnisse, zu denen sie gelangten, seien beunruhigend. Clemenceau sagte: Wir verlangen uns, heute die geforderten Kredite zu bewilligen. Das Parlament muß sich erheben und handeln. Ich fordere vom Ministerpräsidenten, das Parlament in einigen Tagen zusammenzurufen. Die Wahrheit muß unerbittlich bekannt werden. Das Land hat alles gegeben, was man von ihm für die nationale Verteidigung forderte. Der Kriegsminister muß uns vollständig die gegenwärtige Lage auseinandersetzen und uns die Mittel zur Besserung angeben. Die Diskussion muß darum in einigen Tagen von neuem anfangen. Anstatt die Kredite abzusehen, fordern wir einfach die Verschiebung der Abstimmung. Ministerpräsident Viviani entschuldigte sich damit, daß er überrascht worden sei. Der Senat könnte die Regierung zu Ausgaben während der Ferienzeit ermächtigen. Wenn diese Maßnahme nicht angenommen werde, so werde Viviani morgen sich dem Senat zur Verfügung stellen, um ihm die Antwort der Regierung zu überbringen. Der Senat vertagte sich darauf auf morgen nachmittags um 2 Uhr.

#### Das Bombenattentat.

Paris, 13. Juli. In Stains bei Paris wurden zwei Russen namens Maharachwili und Buzenski verhaftet, die verdächtig sind, mit den kürzlich in Beaumont festgenommenen Russen Kirischel und Trojanowski in Verbindung zu stehen. Bei Maharachwili wurden 600 Rubel in Gold sowie mehrere Revolver gefunden. Er soll gestanden haben, daß das Geld aus einem von ihm und seinem Genossen in Rußland verübten Raube herrühre. Auf dem Bahnhofe des Pariser Vorortes Asnières wurden zwei Bomben gefunden, die vollständig die bei Kirischel beschlagnahmten gleich sind.

### Aus der Partei.

#### Der Landesparteitag für das Herzogtum Braunschweig

fand am Sonntag in Braunschweig statt. Er war besetzt von 31 Delegierten und durch einige Vertreter der Bezirks- und Kreisverbände. Der Parteivorstand war durch Genossen Pfannkuch vertreten. Der Mitgliederbestand der Parteiorganisation hob sich infolge des Wahlrechtskampfes und der Agitation in der letzten Woche um 1723, von 12 233 Mitgliedern am Schluß des Jahres 1912/13 auf 13 956 am Schluß des Geschäftsjahres 1913/14, wovon 277 weibliche sind. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählte das Herzogtum am 31. Dezember 1913 nach einer nicht vollständigen Aufnahme etwa 27 000.

Die Einnahme der Bezirkskasse betrug einschließlich des Kassenbestandes von 3075,14 M. 21 629,08 M., die Ausgabe 17 852,95 M., so daß ein Kassenbestand von 3676,08 M. vorhanden ist. An die Hauptkasse in Berlin wurden 7518,78 M. abgeliefert. Im Bezirk selbst ist in den Kreis-Ortskassen und in der Bezirkskasse ein Barbestand von 28 068,30 M. vorhanden gegen 26 726,41 M. im Vorjahr.

Das Parteiblatt, der „Volkshilfe“, der im Jahre 1898: 4105, im Jahre 1902: 4314, 1906: 7442 Abonnenten zählte, erbaute sich im vorigen Jahr ein eigenes Haus, das vom Volksmunde sofort das „Rote Schloß“ getauft wurde, im Gegensatz zu dem in der Nachbarschaft liegenden Regentenschloß. Abonnenten zählte das Parteiblatt Ende 1912/13: 15 543, Ende März 1913/14: 15 619. Auch in verflochtenen Jahren wurde der „Volkshilfe“ gerichtlich in der üblichen Weise verfolgt. Zwei Redakteure, die Genossen Wagner und Kay heimten wegen Verleumdung eines Landtagsabgeordneten im Wahlrechtskampf drei bzw. zwei Monate Gefängnis ein.

Am Flugblätter wurden im Berichtsjahre verbreitet 441 500 Flugblätter, 40 450 Exemplare der Monatschrift „Empor“, 40 000 Volksfreundkalender. Die „Neue Zeit“ wird in 78, die „Menschheit“ in 523, die „Kommunale Praxis“ in 22, der „Wahre Jakob“ in 4027 Exemplaren gelesen. — Versammlungen und Besprechungen fanden insgesamt 991 statt.

Bei der Stabberordnung und Gemeindeverordnetenwahl hat die Partei nicht unbedeutliche Erfolge erzielt. Es wurden 10 neue Mandate erobert. Die Zahl der Genossen als Gemeindevertreter stieg von 152 auf 162. Davon sind in zehn Städten 39 Stabverordnete und in 70 Gemeinden 123 Gemeindevertreter. Die Kasse hat eine Einnahme von 4392,81 M., eine Ausgabe von 3845 M. und einen Bestand von 4353,86 M. Die Beteiligung an der Waise war durchaus nicht befriedigend, so daß die Rechnung immer mehr Platz greift, daß es mit der bisherigen Art der Waise nicht weitergehen kann. Es wird Aufhebung der Waise gewünscht oder eine Verlegung der Feier in eine andere Zeit.

Die Jugendorganisation hat leider noch nicht die wünschenswerte Ausdehnung im Herzogtum gefunden. Die „Arbeiterjugend“ zählt 850 Abonnenten. Die Folsfrage macht in vielen Orten des Landes große Schwierigkeiten. Genosse Antrich besprach in seinem Report nicht nur die Organisation und Agitation, sondern auch die politische Situation. — Zum Internationalen Kongreß wurde Genosse Antrich delegiert. — Ueber den Stand der Parteipresse und den errichteten Neubau berichtete eingehend Genosse Siegmann, der Geschäftsführer des „Volkshilfe“. Dem Bericht schloß sich eine eingehende Debatte an. Folgende Resolution des Genossen Antrich wurde einstimmig angenommen:

„Der Bezirksparteitag für das Herzogtum Braunschweig spricht der Reichstagsfraktion seine volle Zustimmung für ihr Verhalten beim Schluß der letzten Reichstagsession aus und erwartet von der Fraktion, daß sie ohne Rücksicht auf die Anpöbelungen von rechts auch für die Folge ihr Verhalten so einrichtet, wie es dem Klasseninteresse und der Anschauung der Arbeiterschaft und der Anschauung der übergroßen Mehrheit entspricht.“

#### Eine Debatte über das „Hamburger Echo“.

Im Allonzer sozialdemokratischen Verein wurden vorige Woche die Debatten über das „Hamburger Echo“, über deren Beginn wir

bereits berichtet haben, fortgesetzt. Nachdem Genosse Thomas als Mitglied der Reichskommission bemängelt hatte, daß Genosse Dr. Herz sich mit seinen Bescheiden nicht zuerst an die Anstalten gewandt habe, sprach Genosse Stengele namens der Redaktion. Er wandte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß das „Hamburger Echo“ in Parteifragen nicht genügend Stellung nehme. Das „Hamburger Echo“ habe vor allem das Prinzip, für die Einheit und Geschlossenheit nicht nur der sozialdemokratischen Partei, sondern der gesamten Arbeiterbewegung alle Kräfte aufzubieten. Bei wirklich entscheidenden Fragen nehme die Redaktion rücksichtslos und ohne Ansehen der Person Stellung. Dagegen mische sie sich nicht in irgendwelche Doktorfragen, die ein gelangweiltes Menschenkind zu irgendeiner Zeit aufwerfe und mit der sich andere gelangweilte Menschenkinder befassen. Gewiß, wir könnten jeden Tag Spalte über Spalte füllen mit Auseinandersetzungen über Parteifragen. Aber wir wollen es nicht. Wir ignorieren die Produkte von Leuten, die zwar innerhalb der Sozialdemokratie stehen, die aber wissenschaftlich oder unwissenschaftlich der Partei Steine in den Weg schießeln wollen. Wir haben keine Lust, diesen Leuten zu größerem Ruhme und zu Ansehen bei den Genossen zu verhelfen.

Die Behauptung des Genossen Dr. Herz, die Redaktion sei nicht einheitlich zusammengesetzt, treffe nicht zu. Deshalb sei auch der Ruf einer Chefredaktion nicht einzuführen. „In dem Augenblick, wo uns ein Chefredakteur vorgelegt werden sollte, wird meine Kündigung und wohl die aller meiner Kollegen auf dem Tische des Geschäftsführers liegen. Nachdem man als guter Sozialdemokrat in einer demokratischen Gemeinschaft gelebt hat, läßt man sich nicht in einen Monarchen aufzwingen. Einen Menschen mit dem rein formalen Titel Chefredakteur hinzusetzen, was hätte das für einen Zweck? Entweder ist der Chefredakteur ein ganz überlegener Geist, dann ist es nicht notwendig, ihn zum Chefredakteur zu machen, denn wenn in einer Körperschaft ein überlegener Geist vorhanden ist, wird er ohnehin die führende Rolle spielen, ohne daß er den Titel Chefredakteur hat. Oder es gibt ein anderes: der Chefredakteur wird mit formalen Aufgaben betraut, einem solchen Chefredakteur würde ich mich niemals unterordnen. Mit einem Manne, der bloß kommt und mir sagt, Sie dürfen über diese oder jene Sache nicht mehr als 25, 50 oder 75 Zeilen schreiben, würde ich keine zwei Tage zusammen sein wollen. Einen Eriten unter Gleichen, einen überlegenen Geist, erkenne ich nicht, das ist selbstverständlich.“

Zum Schluß wandte sich Stengele gegen weitere Einzelheiten der Kritik. Im weiteren Verlaufe der Debatte bestritt Dr. Herz, eine Chefredaktion empfohlen zu haben, bemängelte das weitere die Haltung des „Echo“ in kommunalpolitischen Fragen und wünschte, daß das „Echo“ den Kampfscharakter auf dem Gebiete der Reichs- und Kommunalpolitik scharfer zum Ausdruck bringe. Die weitere Debatte wurde vertagt.

#### Sozialdemokraten sind minders Rechts.

Die Gemeinde Eichlinghofen bei Dortmund hat seit vielen Jahren eine Gemeindevertretung mit sozialdemokratischer Mehrheit, und daß diese erhalten bleibt, dafür sorgt die Regierung. Die Gemeindevertretung arbeitet natürlich ganz im Sinne der Mehrheit der Einwohner, aber die Regierung leistet Widerstand. Als die Gemeindevertretung die vielfach eingeführte und gesetzlich zulässige Grundsteuer nach dem gemeinen Wert beschloß, verweigerte die Regierung die Zustimmung; für Eichlinghofen habe diese Steuer keinen Wert. Die Gemeindevertreter wählten jüngst einen Genossen zum stellvertretenden Vorsteher; wiederum verweigerte die Regierung ihre Bestätigung. Im Mai wählte die Gemeindevertretung zwei parteigenössliche Vergewaltiger in die evangelische Schulkommission und zwei weitere Genossen in den Schulvorstand des Gesamtschulverbandes des Amtes. Der Landrat von Hörde hat jetzt mitgeteilt, daß sämtlichen Gewählten die Bestätigung verweigert worden sei. Wir nähern uns bedenklich asiatischen Zuständen!

### Aus Industrie und Handel.

#### Die Krise.

Offen, 13. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach der Stilllegung der Rührwerke folgt nunmehr die Stilllegung anderer industrieller Werke. Nachdem vor einigen Monaten die dem „Ghört“ zugehörigen Hochöfenwerke „Kupferdreh“ stillgelegt sind, läßt nun auch Deutsch-Buzenburger das Hochöfenwerk „Schottland“ in Steele an der Ruhr stilllegen. Den Arbeitern des Werkes ist bereits Geld gezahlt worden. In drei Monaten sollen auch die Schraubenfabriken stillgelegt werden, die dem Werke angegliedert sind.

Die Hochschulzölle — bauerneidlich! Die Landwirtschaftsgesellschaft der österreichischen Provinz Salzburg hat in einer Eingabe zu der Erneuerung der Handelsverträge und zu den Getreidezölle Stellung genommen. Die von dem Generalsekretär Mayer, einem völlig unbedächtigen Agrarier, verfaßte Eingabe erklärt, daß die Vorkriegsbedingungen auf Verringerung der Produktionskosten und Steigerung der Ertragsnisse eine entsprechende Rentabilität wirksamer sichern als die Zölle. Von dem Hinweis darauf, daß der Zollschutz weit mehr dem herrschenden Wohlstand zugute komme als dem Bauernstand, wird gesagt, daß er nicht ohne eine gewisse Berechtigung sei und es wird betont, daß es etwas ganz anderes ist, ob ein kleiner Landwirt durch die Zölle ein paar Kronen gewinnt oder der Latifundienbesitzer Hunderttausende, wobei der kleine Landwirt noch durch den Kauf des goldwertigen Saatguts und Futters mindestens wieder um den halben Gewinn gebracht wird. Gefanntlich besteht unter den Bauern der österreichischen Alpenländer eine starke Bewegung gegen die Agrarwucherzölle, die von dem christlichsozialen Abgeordneten, Abg. Reichsritter v. P. an z., geführt wird und die sich besonders darauf beruft, daß die in staatlichem Auftrag betriebenen Erhebungen eines Professors an der Wiener Bodenkulturhochschule diese Wirkung der Hochschulzölle erwiesen haben, aber eben deswegen ihre Ergebnisse nicht bekannt gegeben werden dürfen!

### Soziales.

#### Anteil am Trinkgeldfonds.

36 Mark Anteil am Trinkgeldfonds forderte gestern ein Kellner vor dem Gewerbegericht von der Inhaberin des Hotels „Glanade“, der Deutschen Hotel-Aktiengesellschaft. Der Kellner hatte in dem Hotel gelernt und für den Sommer anderweitige Stellung angenommen. Er blieb jedoch nach beendeter Lehrzeit unter Zustimmung der Gesellschaft bis zum 18. Tage in der früheren Beschäftigung. Dafür erhielt er, wie bisher, neben Beförderung eine Varentschädigung, entsprechend einem Monatsgehalt von 25 M. Den Trinkgeldanteil bekam er dagegen nicht, auch nicht, als er ihn bei seinem Austritt forderte. Der Trinkgeldfonds wird jede Woche ausgeschüttet. Den Anteil eines jeden Angestellten bemittelt der Geschäftsführer nach dem „Wert“ des Einzelnen. Stierlied werden bei Neuaufnahme feste Abmachungen getroffen. Der Kellner hat seinen Anteil erst nach drei Wochen gefordert, mit ihm war eine bestimmte Vereinbarung nicht getroffen.

Das Gericht sprach dem Kellner die Forderung zu. Sie sei als angemessen anzusehen und weil der Anteil allen Angestellten zusteht, auch ihm zuzubilligen.

### Letzte Nachrichten.

#### Annahme des Budgets in der französischen Kammer.

Paris, 13. Juli. Die Kammer hat das Budget in seiner Gesamtheit mit 285 gegen 133 Stimmen angenommen und sich auf morgen nachmittags vertagt.



Gewerkschaftliches.

Neues vom Reichsverband.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie versendet ein Rundschreiben mit dem Ausdruck „Existenzfrage für Arbeitgeber“...

Wir stellen überall da, wo eine Streikgefahr droht, unsere geschulten Redner auf Wunsch zur Verfügung. Diese, selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, sind am ersten in der Lage...

Wenn ein Unternehmer sich schämt, mit dem Verband der Ludwig und Genossen zu korrespondieren, kann er eine Dekadresse benutzen.

Falls es nicht gewünscht wird, mit uns unter unserer Adresse, also Reichsverband, zu korrespondieren, stellen wir ebenfalls anheim, die nachstehende Adresse zu benutzen: Druckerei und Verlagsanstalt Teutonia, Berlin SW 11, Dessauer Straße 30.

Die Tätigkeit des Reichsverbandes scheint uns eher eine „Existenzfrage“ für die Kollegen des Herrn Ludwig zu sein, als eine solche für die Arbeitgeber. Demen müssen wir schon das Kompliment machen, daß sie für die Wahrung ihrer Interessen geschicktere Methoden haben als die des armjeligen Reichsverbandes.

Berlin und Umgegend.

„Zauberdenton“ bei der Sachs-Oper.

Wie im Vorjahre hat die Direktion der Schillertheater das Berliner Schillertheater O. an den Opernunternehmer Herrn Direktor Sachs verpachtet. Der Direktor Sachs beschließt sich dem technischen Personal gegenüber einer Tonart, die weder in Knigge noch Umgang mit Menschen zu finden, noch mit der Stellung des Direktors als Rektor der Vortragslust an der Universität zu Münster in Einklang zu bringen ist.

Bei der Aufführung der „Zauberflöte“ am 10. d. M., die durch die mitgebrachte eigene Dekoration des Herrn Sachs erhebliche technische Schwierigkeiten verursachte und in der auch ein häufiger Szenewechsel stattfindet, der aber bei dem geschulten und eingearbeiteten technischen Personal des Schillertheaters glatt und ohne Störung bewältigt wurde, glaubte Herr Sachs bei seiner Dekoration doch einen unwesentlichen Fehler entdeckt zu haben. Von seiner Verbosheit ließ Herr Sachs sich so weit hinreißen, das technische Personal als „Laffen“ und „minderwertige Arbeiter“ zu bezeichnen. Damit nicht genug, ließ er in seinen Reden eine Aufreizung durchblicken, indem er sagte: „Legt doch die Arbeit nieder, dann komme ich aus dem Affensloß raus“ usw. — Diese Ausdrücke sind wörtlich gebraucht von einem Operndirektor.

Die Kritiken der Presse über den zentralen Teil sind so ausgefallen, daß Herr Direktor Sachs allen Anlaß hätte, derartige Redensarten für sich zu behalten. Betriebe, in denen eine starke Organisation und Einigkeit vorhanden ist und wo ein jeder Angestellte seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, lassen sich eine solche Umgangform nicht bieten.

Die Bühnenarbeiter haben bisher nichts unternommen, da ihnen von ihrer Organisation nahegelegt wurde, die Ausdrücke des Herrn Sachs nicht ernst zu nehmen. Sollte Herr Sachs indessen seine

Umgangsform nicht ändern, so sind sie entschlossen, bei passender Gelegenheit mit dem Herrn eine Unterredung zu suchen, die geeignet ist, ihm ein angemesseneres Benehmen beizubringen.

In der Fabrik komprimierter Gase, Vorkriegswalbe bei Berlin, sind Differenzen ausgebrochen. Weil sich die Arbeiter den Abzug eines halben Tagesverdienstes nicht gefallen lassen wollen (gewerbegerichtliche Klage schwebt), ist den Wochelöhnern gekündigt worden. Etwasige Arbeitsangebote der Firmenleitung sind abzulehnen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck erlucht!

Fabrikarbeiterverband. Groß-Berlin.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Der deutsche Tabakarbeiterverband im Jahre 1913.

Seit Jahren wütet in der Tabakindustrie eine verberliche Krise. Von jeher ist ja die Tabakindustrie mit Abgaben schwer belastet; aber die Steuererhöhung von 1909 mit ihrem Wertzoll von 40 Proz. auf ausländischen Tabak hat namentlich die Zigarrenindustrie hart getroffen. Es ist bekannt, daß in den ersten beiden Jahren nach der Steuererhöhung die Regierung auf Grund eines Reichstagsbeschlusses rund 6 Millionen Mark an arbeitslose Tabakarbeiter auszahlte. Damit war aber die Not unter den Tabakarbeitern noch lange nicht beseitigt. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte in den Jahren 1912 und 1913 eine Höhe, wie sie selbst in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten der Wertsteuer nicht zu verzeichnen war; riesige Summen mußte der Verband an Arbeitslose ausbezahlen, so daß er sich genötigt sah, im vorigen Jahre auf dem Verbandstag zu Heidelberg eine wesentliche Einschränkung seiner eigentlichen Unterstützungsleistungen vorzunehmen. Außerdem mußten noch viele Tabakarbeiter bei verkürzter Arbeitszeit oder mit herabgesetztem Pensum arbeiten. Für die Verdienstmöglichkeit kommt ferner noch in Betracht, daß der Wertzoll auch noch auf das zu verarbeitende Material seine verheerendste Wirkung hatte. Die Tabakarbeiter hatten mit so viel beruflichen Hindernissen zu tun, wie nie zuvor. Es ist deutlich zu merken, daß die zuerst konservativere Unternehmerschaft erst allmählich herausgefunden hat, auf welche Art sie am besten die Lasten abwälzen kann. Die Verlegung der Betriebe wird immer umfangreicher. In manchen Städten, in denen früher die Zigarrenindustrie heimisch war, ist sie schon ganz verschwunden, in anderen geht es mit Riesenschritten bergab; selbst von jenen Gegenden, die sonst als Dorado für billige Arbeitskräfte galten, werden die Betriebe in weit abgelegene Gebiete verlegt. So findet man heute in weitverlegenen Dörfern der Gegend, des Schwarzwaldes, der Rhön, des Thüringer Waldes usw. Zigarrenfabriken. Auch die Frauenarbeit in der Tabakindustrie nimmt rasant zu.

Es ist erklärlich, daß derartige Zustände ihre Wirkung auf die Organisation haben. Kein Verband hat wohl unter so schwierigen Verhältnissen zu arbeiten wie der Tabakarbeiterverband. So ist es denn auch zu begreifen, wenn der Mitgliedsbestand, der sich bis jetzt trotz alledem in steter Aufwärtsbewegung befand, einen Rückgang erfahren hat, und zwar um 5498. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des Berichtsjahres 31 713. Allgemein wurde angenommen, daß die vom Verbandstag in Heidelberg beschlossene Unterstützungskürzung dem Verbands viele Mitglieder kosten würde. Das ist in der Tat auch der Fall gewesen, denn im vierten Quartal, also nach dem Inkrafttreten der neuen Beschlüsse, ist der Mitgliederzustand kaum stärker als in den vorausgegangenen Quartalen. Uebrigens sind im Jahre 1913 nicht mehr Mitglieder ausgeschieden als in den vorhergegangenen Jahren. Der Rückgang ist durch erheblich weniger Eintritte zu erklären. Das liegt eben an den widerwärtigen Berufsverhältnissen.

Wie sehr das der Fall ist, läßt sich dadurch beweisen, daß gerade die Zigarrenbranche, die am furchtbarsten unter der ungünstigen Konjunktur zu leiden hatte, am stärksten am Mitgliederabgang, nämlich mit 6011, beteiligt war, während die Zigarettenbranche ein Mehr von 567 Mitgliedern stellte. Der Entwidlungsgang in der Tabakindustrie ist auch daraus zu erkennen, daß mehr männliche als weibliche Mitglieder verloren gingen, nämlich 2804 männliche und 2604 weibliche. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am Jahreschluß 16 449.

Natürlich muß sich die ungünstige Konjunktur auch in den

Kämpfen des Vorjahres widerspiegeln. Es sind 147 Kämpfe geführt worden, bei denen 500 Betriebe mit 13 675 Beschäftigten in Frage kamen; direkt beteiligt waren 11 008 Arbeiter, davon 7793 weibliche. Obgleich nicht alle Bewegungen mit Arbeitseinstellungen verbunden waren, spricht es doch von reger gewerkschaftlicher Arbeit, wenn ein Verband in so schweren Zeiten noch über ein Viertel seiner Mitglieder in den Kampf schicken kann. Es endeten 83 Bewegungen in 161 Betrieben mit 3175 Arbeitern mit vollem, 56 Bewegungen in 328 Betrieben mit 10 122 Arbeitern mit teilweisem und 8 Bewegungen in 11 Betrieben mit 378 Arbeitern ohne Erfolg. Nach gewissenhafter Schätzung wurden für 8887 Arbeiter Lohnrückstellungen von 9406 M. pro Woche erzielt. Außerdem wurde für 1267 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3404 Stunden pro Woche erreicht. Andere Forderungen, wie bessere sanitäre Verhältnisse, besseres Material, Ferien usw. wurden in einer Reihe von Betrieben durchgesetzt. Allerdings waren für die Tabakarbeiter mit ihrem im Verhältnis zu allen Arbeitern geringsten Durchschnittsverdienst und der längsten Arbeitszeit noch andere Erfolge nötig.

Die Tarifbewegung des Verbandes hat im Berichtsjahre keinen Fortschritt gemacht, was ebenfalls auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen ist; in keiner Industrie haben wohl auch die Unternehmer dem Tarifgedanken so verständnislos gegenüber, wie gerade in der Zigarrenindustrie. Es bestanden am Schluß des Jahres 269 Tarife für 931 Betriebe mit 6175 Arbeitern gegen 270 Tarife für 1054 Betriebe mit 6195 Arbeitern am Schluß des Jahres 1912.

Wünschen muß man, daß die nächsten Jahre der Tabakindustrie endlich einmal den ersehnten Aufschwung bringen, damit auch der Verband mit fester Hand an seinem Aufstieg arbeiten kann; daß er fähig ist, gewerkschaftliche Arbeit zu leisten, beweist der letzte Jahresbericht. Wäre der Verband nicht innerlich kräftig, er hätte die furchtbaren Stürme der letzten fünf Jahre nicht so relativ günstig überstanden.

Der Wäckerinnung in Linden bei Hannover wurde vom Gesellenauschuß eine Tarifvorlage unterbreitet. Nach langem Hin und Her beriefen die Antragsführer eine Versammlung ein, zu der auch nach dem Befehl der Gesellenauschuß geladene werden mußte. Die Versammlung beschloß jedoch, daß sich die Gesellenvertreter entfernen müssen und stimmte dann dafür, daß der Tarif abgelehnt und auch in keine Unterhandlungen eingetreten werde. Als der Antragsführer, nachdem ihm der Beschluß bekanntgegeben wurde, eine Erklärung in der Versammlung abgeben wollte, ergingen sich die Meister vom Vortage in den unflätigsten Beschimpfungen, die sogar soweit ausarteten, daß ein Teil der Wäckermeister mit erhobenen Stühlen auf die Gesellenvertreter eindrangten. Der Gesellenauschuß mußte flüchten, um sich vor den wildgewordenen Antragsführern zu schützen. Nunmehr hat die Gesellenorganisation die Sache in die Hand genommen und die Forderungen an die einzelnen Meister verhandelt.

Tarifabschluss mit den Brotfabriken im Wuppertal.

Zwischen dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und der Brotfabrikantenvereinigung in Elberfeld wurde nach langen Unterhandlungen ein Lohn- und Arbeitsvertrag vereinbart, der bei einer wöchentlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden 31,50 M. vorsieht, und für die verantwortlichen Arbeiter einen solchen von 34 M. Die Arbeitswoche ist eine sechstägige. Die Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen werden über den Wochenlohn hinaus mit dem Ueberstundenlohn von 65 Pf. pro Stunde vergütet. Alle Arbeiter, die ein Jahr in Betriebe beschäftigt sind, erhalten 6 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die aus dem Arbeits- und Tarifverhältnis entstehen, ist ein Tarifamt eingeseht mit dem Gewerbegerichtsvorstand als Unparteiischen. Der Vertrag gilt bis 30. Juni 1917.

Arbeit für den Staatsanwalt.

Zurzeit wütten die Behörden hinter jeder Handlung organisierter Arbeiter schwarze Pläne, die Dege gegen das Koalitionsrecht wird von den Unternehmern damit begründet, daß die organisierten Arbeiter die Nichtorganisierten in jeder Weise terrorisieren und Brot-

fabrikanten herausgearbeitet hatte, ohne je seine nur spärliche Volksschulbildung zu verleugnen, benutzte eine Gesprächspause und sagte:

„Meine Herren, ich führe einen neuen Artikel ein und möchte diesem gerne ein besonderes Warenzeichen geben, möglichst mit einem hübschen, fremdsprachlichen Motto. Können Sie mir einen Rat geben?“

Der Herr Pastor schlug ein deutsches Sprichwort vor: „Bete und arbeite.“

Der Amtsrichter meinte: „Ora et labora!“ Klinge gebildet. Rein, hier es, das sei ja schon was Nraltes.

„Nunquam retrosum!“ (Niemals rückwärts.)

Auch nichts.

„Somper idem!“ (Nimmer der gleiche.)

„Sel, bekannge Schnapsmarke.“

Es fiel niemanden was Bescheites ein; das Thema wurde verlassen.

Auf dem Rückhausewege schloß sich gegen alte Gewohnheit der stets lustige Doktor L. Herrn Kannequig an und brachte das Gespräch nochmals auf besagtes Warenzeichen; nach der Verabschiedung konnte man ein heiteres Lächeln seinen Mund umspielen sehen.

Und siehe da: vier Wochen später erschien der neue Artikel des Herrn Kannequig mit folgender schönen, fremdsprachlichen Motto: „Mundus vult decipi!“ (Die Welt will betrogen werden.) (Jugend.)

Notizen.

Die sogenannte Sophien-Ausgabe der Werke Goethes erhält noch einen Band, und zwar den 53. Neben einigen Jugendprodukten soll er Ergänzungen zu den Venezianischen Epigrammen und eine Reihe Erotica enthalten, deren Veröffentlichung wir feinerzeit gerät haben.

Die Reichsstatistik des seligen römischen Reiches deutscher Nation, die in Wien aufbewahrt werden, läßt man jetzt für die Aachener Römmungsanstalt 1915 kopieren. Das kostet 173 000 Mark! Man sollte lieber die Originale und noch einigen ähnlichen Land meistbietend versteigern.

Der Ehren doktor gegen bar. Das „Pofener Tageblatt“ grüßt aus einer großen Berliner Tageszeitung ein Inserat aus, wonach Herren in achtunggebender Position, deren Beruf auf akademischer Verdiensten beruhen, oder aber Männer mit wirklich gelehrten Verdiensten den Ehren dokortitel erlangen können. Das ist zwar ein starkes Stück, schadet dem Ehren dokortitel aber gar nichts, denn er ist durch Verleihung an allerlei Hanswurste von Rang und Vermögen längst zu einer lächerlichen Ueberflüssigkeit geworden.

12818000 Telephonanschlüsse gibt es auf der Erde, davon in Amerika über zwei Drittel, nämlich 8 593 300, während Europa nur 3 153 000 aufweist. Demnach hätte in den Vereinigten Staaten jeder elfte, in Europa erst jeder 186. Mensch ein Telephon.

Die Leffing-Hochschule hat in Dr. Ludwig Lewin einen neuen Leiter bekommen.

Es bleibt beim Wasser. Der Bräufelder Bürgermeister hat den Brauereibesitzern die Erlaubnis erteilt, Manneten-Bis während des Nationalfestes als Bierfaj zu benutzen. Es sollen auch technische Schwierigkeiten für das Verbot maßgebend gewesen sein; zweifellos aber wollte der Bürgermeister die Bevölkerung auch vor den Folgen der Statistikererei bewahren.

Kleines Feuilleton.

Das Monopol auf den „Don Juan“. Im Februar 1912 erließ der Deutsche Bühnenverein, die Vereinigung der Theaterdirektoren, ein Preisauschreiben. 10 000 M. sollte erhalten, wer die beste Uebersetzung des „Don Juan“ Textes einlieferte. Mozart hatte nämlich einen italienischen Text komponiert, leider aber existiert nicht bloß eine deutsche Uebersetzung, sondern etwa zwanzig, und davon sind reichlich ein halbes Duzend an den verschiedenen Bühnen eingeführt. Das brachte aber mancherlei Unzuträglichkeiten mit sich: wenn z. B. in Leipzig eine Sängerin abginge und man sich einen Ersatz aus Dresden kommen lassen mußte, dann sang die Vertreterin im Duett einen Text, der mit den Worten ihres Partners durchaus nicht übereinstimmte. In diesem Zustand sollte das Preisauschreiben ein Ende machen. Die Bühnendirektoren mußten sich verpflichten, in Zukunft lediglich den preiswürdigsten Text aufzuführen. Im Mai d. J. verkündigten die Preisrichter, unter etwa 70 Wettbewerbern habe der frühere Kgl. Kammerling S c h e i d e m a n t e l den Preis davongetragen. Gleichzeitig erfährt man auch, daß der neue Text mit der zugehörigen Klavierbearbeitung und Partitur bei Bote und Bod in Berlin erscheinen werde — und daß Bote u. Bod einstweilen auch die 10 000 M. bezahlten würden. (Aberdem geben sie noch extra 2000 M. für die Preisrichter!) Im Preisauschreiben war von diesem Modus nicht die Rede gewesen. Nach ihm mußte man annehmen, der Deutsche Bühnenverein sei der freundliche Spender. Natürlich werden in Zukunft alle Musiker und Sänger nur noch die Scheidemantelsche, d. h. die bei Bote u. Bod erscheinende „Don Juan“-Ausgabe kaufen müssen, so daß alle anderen Ausgaben der Oper allmählich verschwinden. Mit anderen Worten: Bote u. Bod werden in Zukunft nicht nur das Monopol am Text, sondern auch an der Musik des „Don Juan“ haben, an der Musik, die seit mehr als 100 Jahren Volkseigentum ist!

Dafür könnten Bote und Bod die 12 000 M. ruhig bleiden. Sie tun nicht einmal das: sie legen das Geld vorläufig bloß aus. Der Deutsche Bühnenverein hat ihnen nämlich erlaubt, sie in Form von 2 1/2 Proz. Lantime von jeder „Don Juan“-Aufführung wieder einzulassen. Bote und Bod erheben also von einer Oper Lantimen, die seit hundert Jahren fest ist. Von jeder „Don Juan“-Aufführung, denn das ist in Zukunft nur noch der Scheidemantelsche, von Bote und Bod verlegte Text Verwendung findet, dafür sorgt der Deutsche Bühnenverein. Und das Publikum muß in Zukunft wieder Lantimen für ein Werk zahlen, das schon ein Jahrhundert Volkseigentum war!

Das schönste aber ist, daß die preisgekrönte Uebersetzung noch schlechter ist als die bisher eingeführten. Dies behauptet unter anderem Dr. Feuz in Nr. 26 der „Allgemeinen Musik-Zeitung“. Jam Weiße sei die Scheidemantelsche „Verbesserung“ des bekannten Duetts:

Reich' mir die Hand, mein Leben,  
Komm' auf mein Schloß mit mir!

angeführt. Sie lautet:

Dort reichst Du mir die Ha— and,  
Dort sagst Du freudig ja!  
Dort schickst Du Herzen ja— and,  
Da komm, es ist so schön!

Die Hutlosen. Man schreibt uns: In einem Gymnasium des Berliner Westens begannen die Schüler ohne Hüte zur Schule zu kommen. Am Wochenschluß bestieg der Herr Direktor persönlich das Podium und begann: „Das mit den freideutschen Schillerkragen und den offenen Halsen möge noch so hingehen, aber das fängt mich noch jemand ohne Hüte zur Schule kommt, sei hiermit strengstens verboten.“ Der besorgte Alte hat recht, denn was sollte werden, wenn die Jünglinge vor dem Herrn Lehrer nicht mehr die Hüte ziehen, sondern ihre Ehrerbietung nur noch durch ein Beugen des Kopfes andeuten werden? Ruh da nicht in den keinen deredigen Hosenmähen ein maßloses Persönlichkeitsgefühl erwachen? Jene Verordnung ist inzwischen mit Energie zur Durchführung gelangt. Nur wenige rebellische Elemente regen sich. Ein kleiner Revolutionär, der trotzdem sein Haupt nicht bedeckt hatte, wurde vom verehrten Schulhaupt persönlich ertappt. Ein gewaltiges Wetter entlud sich über ihn, und der Kleine bekam einen derartigen Schreck, daß sich seine Mutter am Nachmittage über allzu guten Stuhlgang ihres Lieblings beklagte. Jedenfalls ist der Aufruhr im Keime erstickt. Es handelt sich zufällig um ein humanistisches Gymnasium. Seit langen Zeiten trotzen sie sich mit den Realanstalten herum, ob es gut sei, Latein und Griechisch zu lernen oder nicht. Sollten aber die dieser weltigen Gelegenheiten sich nicht einmal auch die ärgsten Gegner die Hand reichen und einmütig die Revolution bekämpfen...?

Rehnlische Verbote hat die hutlose Mode übrigens auch anderwärts gezeitigt. Die deutschen Oberlehrer sind halt ein homogener Stand.

Brennerei-Stoffe. In dem unglücklichen Nordischen Krieg, den Karl XII. von Schweden 1700 gegen seine Nachbarn, Polen, Dänemark und Rußland, unternahm, fiel einer seiner Dragoneroffiziere, J. W. Müller, in die Hände der Russen. Er wurde in der Nähe von Tobolsk im Gebiete der Ostjaken interniert und verblieben dort 20 Jahre später in Berlin Erinnerungen an seine Gefangenschaft. Dort findet sich nun folgende interessante Stelle: Die Frauen wissen die Kessel auf gleiche Weise wie den Fleisch zu bearbeiten und ihre Leinwand daraus zu wirken, deren sie sich zu Umhängen auf ihrer Lagerstelle bedienen, damit sie sich des Sommers der Müden erwehren. Sie brauchen die Leinwand auch, ungeachtet sie sehr feist ist, zu Hemden und Lähern auf ihren Köpen.“ In allerneuester Zeit nun findet man auch bei uns die Faser der Brennerei, die ja als anspruchvolles Unkraut überall üppig gedeiht, zu Geweben zu verarbeiten. Man verwendet die große zweifelhafte Kessel, deren Fasern eine große Rehllichkeit mit denen des Hanfes besitzt. Früher suchte man sie durch Behandlung mit Salzsäure aus dem Pflanzengewebe zu isolieren, doch wurden sie dadurch brüchig; ähnlliche Mischungen zeigten sich beim Rosten. Nun ist es dem Chemiker Wesenbruch gelungen, ein Verfahren ausfindig zu machen, durch das eine gewinnbringende Wertung des Unkrautes gesichert ist. Er erzielt damit Gewebe von auffallender Festigkeit und Feinheit, die sich außerdem durch schönen Seidenglanz vorteilhaft auszeichnen. In Norddeutschland arbeitet bereits eine Spezialfabrik mit einer täglichen Leistung von 3000 Kilogramm.

Humor und Satire.

Wahres Geschichtchen.

Im Kreisbüchlein L sah der abendliche Stammtisch im „Gildenen Repter“ tröstlich bekommen. Herr Alois Kannequig, der sich mit Glück aus kleinsten Verhältnissen heraus zum wohlhabenden

los machen. Wer rigoros und rücksichtslos vorgeht, dafür gibt ein uns zugekaufter Urinabschweif wieder genügend Weisheit. Er lautet:

**Reichsverband für das Stein-, Plaster- und Straßenbau-Gewerbe (E. B.).**  
Vorsitzender: Leipzig 9155.  
Fernsprecher 7703.

Leipzig-Gohlis, Datum des Poststempels.  
Landberger Straße 32.

**Sehr geehrter Herr Kollege!**

Die auf beiliegender Liste bezeichneten Stein- und Marmor sind von den Reichsverbands-Mitgliedern auf keinen Fall einzustellen. Sollte dies bereits geschehen sein, so sind dieselben sofort zu entlassen. Im Interesse der gegenseitigen Unterstützung der Arbeitgeber wird erwartet, daß vorstehendem Ersuchen strikte nachgekommen wird.

Mit kollegialem Gruß!

**Reichsverband**

für das Stein-, Plaster- und Straßenbau-Gewerbe (E. B.).  
Otto Schwabach, Vorsitzender.  
Emsberger, Geschäftsführer.

Diesem Schreiben ist eine Liste beigelegt, der die Namen, die Wohnung und das Geburtsdatum von 18 streikenden Steinseignern enthält. Die Unternehmer legen sich also gar keinen Zwang auf; vor einer Verhaftung scheinen sie sich ziemlich sicher zu fühlen. Was würde geschehen, wenn Arbeiter so vorgehen würden?

**Die Christlichen in Emden.**

In der alten Hafenstadt Emden haben sich seit einem Jahre die Gewerkschaftskräfte eingemischt. Als der Deutsche Transportarbeiterverband vorigen Sommer mit den Emdener Hafengewaltigen einen ersten Streik ausfocht, erschienen sie wie die Hyänen auf dem Schlachtfeld und vertreten die Interessen der freien Arbeiter schamlos. Die Unternehmer hatten bald erkannt, welche getreue Schildeknappen sie in den Gewerkschaftskräften sich großziehen konnten. Die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit wurde durch die Ausgabe von gelben Karten an die Christen illusorisch gemacht. Die übrigen Arbeiter erhielten andersfarbige Karten. Bei Vergebung der Arbeit wurden die Inhaber der gelben Karten in jeder Weise offen bevorzugt. Das war der erste Druck auf die Arbeiter, sich den Christen zu verschreiben. Der als Mitglied des Transportarbeiterverbandes bekannt war, dem wurde die Arbeitskarte entzogen. Ohne Karte gab es überhaupt keine Arbeit. Kein Staatsanwalt findet sich, der gegen eine so unerhörte Verursachung einschreitet. Doch damit nicht genug. Wer seine Beiträge zur christlichen Organisation nicht bezahlte, um dem christlichen Joch zu entfliehen, muß damit rechnen, daß ihm seine Arbeitskarte entzogen wird. Charakteristisch ist auch der Anstellungsvertrag der Elevator-Gesellschaft, nach dem sich die Arbeiter verpflichten müssen, dem Transportarbeiterverbande nicht anzugehören. Tritt ein Arbeiter diesem Verbande trotzdem bei, so ist nicht nur das Arbeitsverhältnis beendet, sondern auch der wöchentlich einbehaltenen Sparbeitrag von einer Mark bis zu einer Summe von 50 M. geht dem Arbeiter verloren. — So machen sich die Christlichen in Emden zu Sklaven der Unternehmer!

**Wagenbauerstreik in München.** Die Arbeiter der Karosserie-Abteilungen und Stellmadereien haben bereits die dritte Woche im Streik. Die Unternehmer lehnten bisher jede Bemühung des Gewerbegerichts, Verhandlungen anzubahnen, brüht ab und versuchen durch Inserate in den Provinzialblättern Arbeitswillige nach München zu locken, bisher mit negativem Erfolg. Bei diesem Kampf in München handelt es sich nicht mehr darum, ein paar Pfennige Lohnaufbesserung zu erringen, sondern die Unternehmer wollen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Organisationen bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen illusorisch machen. Es ist deshalb unerlässlich, daß die Arbeiter Deutschlands, den Kampf moralisch zu unterstützen und jedes Arbeitsangebot nach München strikte zurückzuweisen. Der Zugang von Stellmachern, Metallarbeitern, Malern und Lackierern und Sattlern ist deshalb streng fernzuhalten.

**Rusland.**

**Deutsche Streikbrecher in Rotterdam.**

In Rotterdam befinden sich die Straßenbahnen in einer Bewegung. Mit Hilfe der „Berliner Morgenpost“ wurden hundert Streikbrecher in Berlin gesucht, die sich in einem Restaurant in der Liniensstr. 112 melden sollten. Jetzt beschuldigt dieselbe „Morgenpost“ die Direktion der Berliner Straßenbahn, daß sie bei der Vermittlung der Arbeitswilligen die Hand im Spiele habe, da sie in Berlin die einzige Gesellschaft sei, die über das erforderliche technisch durchgebildete Personal verfüge. Natürlich sind die von der „Morgenpost“ vermittelten Streikbrecher kein durchgebildetes Personal, sondern daselbe zusammengelaufene Material, aus dem Streikbrecher immer zu bestehen pflegen. Uebrigens wartet dieser Arbeitswilligen in Rotterdam ein recht warmer Empfang. Die Ankündigung des Magistrats, deutsche Arbeitswillige heranzuziehen, um dem Streik der Straßenbahnangestellten ein Ende zu machen, hat dort Veranlassung zu kühnen Kundgebungen seitens der Bevölkerung gegeben. Es ist zu befürchten, daß es zu blutigen Zusammenstößen kommt. Eine Anzahl deutscher Streikbrecher, die sich gestern auf den Straßenbahnwagen befand, mußte infolge der drohenden Haltung der Menge ihren Dienst einstellen.

**Wirtschaftlicher Wochenbericht.**

**Die Handelsbeziehungen des Reiches.**

Je näher der Zeitpunkt der Vertragsrenewierung heranrückt, um so eifriger werden die Kahlen des Güteraustausches des Reiches mit den anderen Ländern studiert. Der neueste Jahrgang des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich bringt hierfür wertvolle Angaben, die beachtet zu werden verdienen. Bis jetzt wurden die halbfertigen Waren von den Rohstoffen nicht unterschieden, wodurch das Gesamtbild etwas verdunkelt wurde. Noch wichtiger ist es, daß der Verkehr mit verschiedenen Ländern nicht nach Warengruppen geteilt wurde, so daß es an einem zusammenfassenden Bild von Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern mangelte. Beide Neuerungen auf dem Gebiet der Handelsstatistik sind zu begrüßen.

Es stellt sich nämlich die Einfuhr in Milliarden Mark:

Jahr	Rohstoffe	Halbfabrikate	Fabrikate	Nahrungsmittel u. Genussmittel	Tiere	Im ganzen
1900	3.90	0.9	1.14	2.82	0.23	8.99
1910	4.28	1.0	1.22	2.21	0.27	8.98
1911	4.35	1.1	1.29	2.76	0.23	9.70
1912	4.82	1.2	1.41	2.94	0.26	10.69
1913	5.00	1.2	1.48	2.76	0.29	10.77

Die Ausfuhr betrug

Jahr	Rohstoffe	Halbfabrikate	Fabrikate	Nahrungsmittel u. Genussmittel	Tiere	Im ganzen
1900	1.02	0.72	4.17	0.68	0.01	6.59
1910	1.14	0.84	4.74	0.75	0.01	7.47
1911	1.22	0.87	5.22	0.78	0.01	8.11
1912	1.38	1.01	5.76	0.79	0.01	8.96
1913	1.52	1.14	6.39	1.03	0.01	10.10

Die Einfuhr von Rohstoffen im Spezialhandel ist von 1900 bis 1913 von 3,9 Milliarden auf 5 Milliarden, von halbfertigen Waren von 0,9 auf 1,24 Milliarden Mark angewachsen. Es handelt sich um ein Jahr für Jahr intensiver wirtschaftlicher Entwicklung, wenn die Nachfrage nach Rohstoffen und halbfertigen Materialien im hohen Maße gestiegen ist. Es sind in erster Linie mineralische

und fossile Rohstoffe und Oele, deren Gesamteinfuhrwert sich von 1900 bis 1913 von 0,78 auf 1,11 Milliarden erhöht hat, dann Handelt- und Gewerbestoffen, deren Einfuhr von 0,83 auf eine Milliarde gestiegen ist, und die wichtigsten Rohstoffe, die die Viehzucht liefert, wie Felle, Häute, Haare usw., mit einem Handelswert von 799,3 und 1061,5 Millionen Mark. Fügt man noch die Einfuhr von Holz hinzu, die sich von 0,55 auf 0,83 Milliarden Mark erhöht hat, so ergibt sich, daß die auswärtige Land- und Forstwirtschaft mehr als die Hälfte der eingefuhrten Rohstoffe und zusammen mit den Mineralien 4 Fünftel der Rohstoffe liefert.

Die Ausfuhr von Rohstoffen ist von 1,02 auf 1,52 Milliarden gestiegen, so daß der Einfuhrüberschuß sich von 2,88 auf 3,48 oder um 0,9 Milliarden Mark erhöht hat. Dagegen ist die Ausfuhr von halbfertigen Waren rascher als deren Einfuhr gestiegen, nämlich von 0,7 auf 1,1 Milliarden, so daß der Einfuhrüberschuß sich von rund 0,2 auf 0,1 Milliarde vermindert hat. Immerhin führt Deutschland noch um rund 100 Millionen halbfertige Waren mehr ein — als aus. An Rohstoffen und Halbfabrikaten zusammen mangelt es dem Deutschen Reich in der Höhe von rund 3,58 Milliarden Mark. Dafür führt das Reich Fabrikate mehr aus als ein, und zwar stellte sich in den Jahren 1900 bis 1913 die Einfuhr auf 1,14 und 1,48, die Ausfuhr auf 4,17 und 6,39 und der Ausfuhrüberschuß auf 3,03 und 4,91 Milliarden Mark. Damit deckt das Reich nicht allein den Einfuhrbedarf von Rohstoffen und Halbfabrikaten, sondern auch einen Teil des Bedarfes von Nahrungsmitteln.

Das Jahr 1913 darf aber nicht als Normaljahr betrachtet werden. Die Wirtschaftssituation machte sich schon im Innern fühlbar und die Industrie wie die Landwirtschaft suchten möglichst viel Waren nach dem Auslande abzugeben, während der einheimische Konsum und daher auch die Einfuhr schon relativ gering war. Daher ist die Gesamtausfuhr um 1,1 Milliarden gestiegen, während die Einfuhr sich bloß um 80 Millionen erhöht hat. Die Schutzgölnner werden sich wohl immer auf das „glänzende Resultat“ von 1913 berufen. Es ist deshalb notwendig, sich dieses Resultat näher anzusehen.

Sehr stark ist die Ausfuhr von Nahrungsmitteln gestiegen, und zwar gegenüber dem Vorjahre von 789,9 auf 1036,9 Millionen Mark oder um 246,5 Millionen Mark. Außerdem wurden Rohstoffe um 138,6 und Halbfabrikate um 126,5 Millionen mehr als im Vorjahre ausgeführt, so daß ungefähr 45 Proz. der Mehrausfuhr auf diese Warengruppen entfällt. Der Anteil der ausgeführten Fabrikate an dem Gesamtexport ist daher von 64,4 Proz. auf 63,8 Proz. gesunken, während der Anteil der ausgeführten Nahrungs- und Genussmittel sich umgekehrt von 8,8 Proz. auf 10,3 Proz. gehoben hat. Das Jahr 1913 war also besonders ungünstig in bezug auf den einheimischen Konsum; dagegen immer noch günstig für den Weltmarkt.

Nimmt man die Fünfjahresdurchschnitte von 1909/13, so ergibt sich dann eine Einfuhr von Rohstoffen von 4460,8 Millionen, der eine Ausfuhr von 1258,4 Millionen gegenübersteht, dann eine Einfuhr von Halbfabrikaten von 1100,9 und eine Ausfuhr von 916,8 Millionen Mark, so daß der Einfuhrüberschuß 3204 und 184 Millionen beträgt, während sich der Exportüberschuß bei Fabrikaten auf 3950 (5265 — 1308) Millionen Mark stellt. Nach der Deckung des Einfuhrüberschusses an Rohstoffen und Halbfabrikaten bleibt ein Ausfuhrüberschuß von rund 560 Millionen Mark. Da der durchschnittliche Bedarf an Nahrungs- und Genussmitteln sowie an lebendigem Vieh die Ausfuhr um rund 2065,5 Millionen übersteigt, so könnte man mit dem Ausfuhrüberschuß von Fabrikaten rund ein Viertel der Nahrungs- und Genussmittel kaufen, die Deutschland mehr ein- als ausführt.

Es ist bekannt, daß die Zahlungsbilanz des Reiches aktiv ist, d. h. daß nach Deutschland mehr Gold einströmt als ausgeführt wird. Auch die Verschuldung Deutschlands an das Ausland hat abgenommen. Der Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln wird durch die im Auslande erhaltenden Zinsen, durch die Gewinne der Reedereien und ähnliches mehr ausgeglichen. Der Mehrwert wird zum Teil im Inlande, zum Teil im Auslande akkumuliert und verbraucht. Die Kapitalausfuhr, die infolge der im Auslande höheren Profitraten geschieht, dient gleichzeitig dazu, um wenigstens einen Teil der Zinsen zu verbrauchen.

Run sehen wir zu, welche Länder das Reich mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln versorgen und welche seine Fabrikate kaufen. Es stellt sich in Milliarden Mark die

Land	Einfuhr				Ausfuhr			
	Rohstoffe	Halbfabrikate	Fabrikate	Nahrungsmittel u. Genussmittel	Rohstoffe	Halbfabrikate	Fabrikate	Nahrungsmittel
Europa	2052	898	1056	2058	1189	865	4090	659
Afrika	385	3	24	66	5	0	143	81
Asien	642	68	69	292	6	51	349	13
Amerika	1430	362	271	822	181	96	1191	90
Australien	255	25	8	16	5	10	81	4

Als Rohstofflieferanten kommen in erster Linie Europa und Amerika in Betracht. Aus Europa kommen Rohstoffe für 2051,8 Millionen, aus Amerika für 1430 Millionen, zusammen für 3481 Millionen Mark (73 Proz. der gesamten Rohstoffeinfuhr); aus Afrika dagegen bloß für 385 Millionen Mark.

Unter den einzelnen Ländern treten die Vereinigten Staaten mit 683,5 Millionen, Rußland mit 533,8, Oesterreich-Ungarn mit 318,4, Argentinien mit 269,4, Australien mit 234,9, England mit 271,7, Chile mit 138,5, Britisch-Indien mit 220,6, Frankreich mit 170,9, Italien mit 182,2 und Niederländisch-Indien mit 155 Millionen Mark besonders hervor, während die afrikanischen Kolonien im ganzen für 41,7 Millionen Mark Rohstoffe liefern. Deutschland ist somit im großen ganzen fast gänzlich auf die Zufuhr von Rohstoffen aus selbständigen Ländern, die zum Teil ökonomisch zu den deutschen Kolonien gehören mögen, aber politisch kaum je in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Reiche zu bringen wären, angewiesen.

Das Uebergewicht dieser politisch selbständigen Länder in der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen tritt noch schärfer hervor, wenn wir auch die Halbfabrikate mit hineinziehen. Halbfertige Waren führte Deutschland 1912 für 1296,8 Millionen Mark ein; davon entfallen 843,3 (also über drei Viertel) allein auf Europa, darunter auf England 271,1, Belgien 118,5, Frankreich 111,8 und Rußland 82,5 Millionen Mark. Diese vier Länder liefern also beinahe die Hälfte der Halbfabrikate.

Daraus folgt, daß Deutschland im Interesse seiner industriellen Entwicklung und der sicheren Versorgung seiner Industrie mit Rohstoffen eine friedliche Politik treiben muß. Nie könnten irgend welche Kolonien die deutsche Industrie vom Auslande unabhängig machen, ebensowenig wie die Agrarzölle jemals die deutsche Landwirtschaft in den Stand setzen könnten, die steigende Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch Nahrungsmittel erhält Deutschland in erster Linie aus Europa (für 1809 Millionen) und Amerika (für 821,9 Millionen Mark). Afrika liefert nur für 66,3, Asien für 231,7 Millionen und Australien für 16,4 Millionen Mark. Vieh kommt fast ausschließlich aus Europa. In der Versorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln steht Rußland mit 750 Millionen (mehr als ein Viertel der Gesamteinfuhr) an erster Stelle. Dann folgen die Vereinigten Staaten mit 206,9 Millionen, Oesterreich-Ungarn mit 211,5, die Niederlande mit 193, Brasilien mit 194, Argentinien mit 180 Millionen Mark usw. Die deutschen afrikanischen Kolonien liefern an das Reich Nahrungs- und Genussmittel im ganzen für 1,8 Millionen Mark und lebendes Vieh für 0,0 . . . Auch in dieser Beziehung sind die Kolonien höchst wertlos. Was Rußlands Anteil an Deutschlands Getreideversorgung betrifft, so ist er sehr bedeutend. In den Jahren 1905/09 und 1910/13 lieferte Rußland 33,4 Proz. und 33,1 Proz. des eingefuhrten Weizens, 78,5 und 83,0 Proz. der Gerste und 68,6 und 64,4 Proz. des Hafers. Auch 80 Proz. des nach Deutschland eingefuhrten

Roggens kommen aus Rußland. Man begreift, warum die Agrarier so gern einen Zollkrieg mit Rußland gesehen hätten.

In seiner Ausfuhr von fertigen Waren ist das Reich wiederum in erster Linie auf Europa und Amerika angewiesen, wozu Fabrikate für 4080 bzw. 1130 Millionen von einer Gesamtfabrikatenausfuhr in der Höhe von 5788,4 Millionen Mark gehen. Diese beiden Weltteile kaufen somit Deutschland fast 90 Proz. seiner Fabrikate ab. . . Höchst beachtenswert ist es, daß vielleicht das kapitalistisch entwickelteste Land der Welt gleichzeitig der beste Kunde der deutschen Industrie ist. England kauft in Deutschland Fabrikate für 792 Millionen Mark. Die Vereinigten Staaten kaufen für 400,7 Millionen Mark. Seit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs ist die Einfuhr aus Deutschland noch höher gestiegen. Fügt man noch die Ausfuhr von Fabrikaten nach Belgien hinzu, die sich auf 234,3 Millionen Mark beläuft, so erhalten wir, daß die drei kapitalistisch hochentwickelten Länder von Deutschland nicht weniger als für 1487 Millionen Mark oder ein Viertel aller ausgeführten Fabrikate kaufen. Es läßt sich leider nicht sagen, in welchem Umfange die Ausfuhr von Fabrikaten nach diesen Ländern gestiegen ist. Wahrscheinlich nicht unbedeutend. So ist beispielsweise die Ausfuhr nach England von Kinderpielzeug von 1910 bis 1913 von 20 auf 25,7 Millionen Mark gestiegen, von baumwollenen Handschuhen von 12,5 auf 15,6 Millionen angestiegen und so weiter. Es erweist sich somit, daß die besten Kunden der Industrie die Industrieländer mit hochangewachsenen Bedürfnissen sind. Dagegen ist der Handelsgewinn beim Verkehr mit wenig entwickelten Ländern höher, da hier der Händler häufig einen großen Teil des Mehrwerts an sich reißt, während die Produzentenorganisationen (Kartelle, Genossenschaften) in den kapitalistisch entwickelten Ländern den Händler zu einem reinen Vermittler herabdrücken.

Während also die Entwicklung der Industrie an und für sich die Pflege guter Handelsbeziehungen zu industriellen Ländern fordert, streift der Händler in der Jagd nach einem hohen Gewinn durch die ganze Welt herum, setzt sich in Kolonien nieder und fordert ihre Unterdrückung, um die „wilde“ Bevölkerung besser und sicherer auszunutzen zu können.

Die allgemeine Bedeutung der Ausfuhr nach den Kolonien ist sehr gering. Deutschland führte nach seinen afrikanischen Kolonien fertige Waren für 34 Millionen oder 1/100 seines Fabrikatexportes aus. Dagegen nach Frankreich für 370,3 Millionen Mark, nach Rußland für 445,1, der Schweiz für 336,3, Oesterreich-Ungarn für 504,4, nach den englischen afrikanischen Kolonien für 51,8 und nach Ägypten für 32,4, zusammen für 84,2 Millionen Mark, nach Indien usw. für 102 Millionen, nach Kanada für 48,4, nach Australien für 80,8 Millionen Mark. Die deutsche Industrie hat in fremden Kolonien einen besseren Markt als in den eigenen.

Interessant ist es auch, daß das kleine Japan mehr fertige Waren in Deutschland bestellt als das große China. Nach Japan wurde für 79 Millionen ausgeführt, nach China bloß für 74 Millionen Mark. Wiederum erweist es sich, daß ein sich entwickelndes Land einen steigenden Absatzmarkt für Industrieprodukte der anderen Länder darstellt. Die Notwendigkeit eines friedlichen internationalen Güteraustausches ist also kein Phantom der Freigäbler, sondern eine in der allgemeinen Entwicklung begründete Tatsache. Allein der subjektive Wille der Unternehmer tritt diesen Tendenzen entgegen, stört die allgemeine Richtung der Entwicklung. Auf einer gewissen Stufe der Wirtschaftsentwicklung werden eben die Eigentumsverhältnisse zu Fesseln der Produktivkräfte. . . .

Den Haupt Schwierigkeiten der Handelsvertragsrenewierung begegnet das Reich bei den Verhandlungen mit Rußland, Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten. Wie stellt sich der Handelsverkehr mit diesen Ländern? Es wurde ein- bzw. ausgeführt (in Millionen Mark):

Land	Uebersicht			Nahrungsmittel (und Vieh)		
	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß
Rußland	1527,9	697,8	848,1	890,7	36,6	794,1
Oester.-Ungarn	890,0	1035,3	-205,3	257,8	87,4	220,4
Ver. Staaten	1596,0	697,6	888,4	297,0	90,8	206,2

  

Land	Rohstoffe		Fabrikate	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Rußland	533,8	127,0	406,8	68,4
Oester.-Ungarn	318,4	318,5	0,9	171,3
Ver. Staaten	683,5	154,1	529,1	247,6

Die Vereinigten Staaten und Rußland liefern an Deutschland mehr Waren als sie von ihm erhalten. Um fast 800 Millionen Mark führt Rußland nach Deutschland Nahrungsmittel mehr ein als aus und ebenso Rohstoffe für 400 Millionen Mark. Ist Rußland somit an der Erhaltung des deutschen Marktes sehr interessiert, so nicht minder an der freien Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Rußland, ohne die seine Bevölkerung, noch seine Industrie existieren könnte. Insbesondere aber ist Rußland als Abnehmer deutscher Fabrikate wichtig. Da es hier fast nur als Käufer auftritt, so wird es nur dann für die Einfuhr deutscher Waren günstigere Bedingungen einräumen, wenn für seine Ausfuhrartikel der Weg nach Deutschland freigemacht wird. Oesterreich-Ungarn hat immer weniger Nahrungsmittel frei zur Ausfuhr; dagegen ist es und besonders die Vereinigten Staaten daran interessiert, daß man die Ausfuhr von ihren Fabrikaten nach Deutschland nicht erschwert. Hier handelt es sich um Begünstigungen gegen Begünstigungen auf dem Gebiete der Industriewaren, wobei daneben die Agrarzölle selbstredend nicht aufgehört haben einen Stein des Anstoßes zu bilden. In den zollpolitischen Verhandlungen mit Rußland aber sind sie der Hauptgegenstand des Streites. Hier erst tritt der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft scharf hervor. Nur ein Teil der Agrarier, die ostelbischen Junker, sind an der Erhaltung des russischen Marktes interessiert; dagegen wünscht der weitaus größte Teil von ihnen, Rußland möglichst weit vom deutschen Getreidemarkt zu halten, obgleich ohne russische Futtermittel die deutsche Viehzucht sich kaum entwickeln könnte. Dagegen ist die Industrie sowohl auf Rohstoffe aus Rußland als auch auf den Absatz von Fertigfabrikaten dort in hohem Maße angewiesen. Wird sich nun die Industrie aber auch diesmal von den Agrariern narren lassen? Die Einfuhr von Getreidezöllen in Rußland wird den Agrariern wohl als Vorwand dienen, um die Handelsbeziehungen zwischen diesen Ländern zu verschlechtern. Es wird die Sache unserer Fraktion sein, die Regierung zu zwingen, Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, umgekehrt den Handel mit Rußland zu fördern. . . . Sp.

**Ortskrankenkassentagung.**

Darmstadt, 12. Juli 1914.  
Die 21. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen begann heute vormittag im hiesigen Städtischen Saalbau. Die Tagung ist nicht so stark besucht wie in früheren Jahren. Das dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß der preussische Minister des Innern erst in den letzten Tagen eine Verordnung erließ, nach der Delegierten der Ortskrankenkassen nur mit Zustimmung der Ausschüsse erfolgen dürfen, die Höchstzahl der Delegierten dürfe nur drei betragen. Zu dieser Verordnung wird der Kongreß noch besonders Stellung nehmen. Man könne sie nicht ruhig hinnehmen, erklärte Vorstandsmitglied Herr Fröbber, das Selbstbestimmungsrecht der Krankenkassen müsse geschützt werden.  
Der von ungefähr 450 Delegierten besuchte Kongreß wurde von Fröbber-Dresden eröffnet. In dem Bureau werden außer Fröbber noch Knoke-Bamberg und Schölem-Berlin (Arbeitgeber) als Vorsitzende gewählt, denen Starke-Dresden, Oberhardt-Darmstadt, Herish-Kemtscheid und Eichstädt-Weimar als Schriftführer zur Seite stehen.  
Bei Festlegung der Tagesordnung wurde die provisorisch aufgestellte Tagesordnung abgeändert. Der Punkt „Änderung der Verbands-

„Führung“ wurde gestrichen, da eine Änderung noch nicht unbedingt notwendig sei. Der Punkt „Versicherung der Hausgewerbetreibenden“ wurde der Tagesordnung neu hinzugefügt. Diese umfasst außerdem noch folgende Punkte: „Mitteilungen über das Verbandstagesprogramm“, „Die unmittelbare Abgabe von Anträgen und Mitteln durch die Krankenkassen“, Referent: Graf-Jankowski a. M. Leber. „Die Entwicklung des Krankenversicherungsrechts seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung“ wird sich Justizrat Dr. Mayer-Krankentheil verbreiten und „Die Stellung der Zwangslosen zu den Ersatzklassen“ wird der Direktor der Krankenkassenkasse der S. S. behandeln. Leber hat Thema „Salvatorianerhandlung der S. S.“ wird Professor Dr. Herzheimer-Krankentheil a. M. referieren. „Das Berliner Bergarbeiterabkommen vom 23. Dezember 1913“ soll Rechtsanwalt Dr. Baum und „Das Abkommen mit den Berufsgenossenschaften“ Fräßdorf besprechen. Ferner sollen noch eine ganze Reihe praktischer Verwaltungsfragen erörtert werden.

Der Vorsitzende des Verbandes, Landtagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden erstattete einen kurzen

#### Geschäftsbericht.

Die Tätigkeit des Verbandes im verflossenen Jahre sei keine leichte gewesen. Die Geschäfte seien so angewachsen, daß es notwendig sei, eine Veränderung in der Erledigung der Geschäfte einzutreten zu lassen. Der Vorstand sei sich schlüssig geworden, ein eigenes Bureau mit einem besonderen Beamten einzurichten. (Wähler erledigte die Geschäfte der Krankenkassenkasse Dresden.) Die Gründung der eigenen Zeitung „Ortskrankenkassen“ habe auch viel Arbeit gefordert. Der Kongress werde die Wege zu zeigen haben, die zur weiteren Ausgestaltung und Verbreitung des Organs notwendig seien. Eine so große Organisation wie der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen müsse mit Wichtigkeit ein eigenes Organ unterhalten können. Im Berichtsjahre seien nicht nur die Ortskrankenkassen, sondern auch die Unterverbände und der Hauptverband neu organisiert worden. Der Hauptverband könne mit Verteidigung auf das Resultat blicken. Er sehe heute härter als je da. Nach Einführung des Zweiten Buchs der Reichsversicherungsordnung hätte die Zugehörigkeit zu Klassenverbänden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besonders beschloffen werden müssen. Das hätte zur Folge gehabt, daß einzelne Klassen wegen innerer Differenzen nicht mehr dem Hauptverband angehören, andererseits seien aber auch neue Klassen hinzugekommen. Die Zahl der Klassen, die dem Verband angeschlossen sind, sei von 504 im Vorjahre auf 573 im Geschäftsjahre 1913/14 zurückgegangen. Dies habe seine Ursache in der Vereinigung der betreffenden Klassen zu Allgemeinen Ortskrankenkassen. Tatsächlich ausgetreten aus dem Hauptverband waren mehrere Klassen, was durch Zutritt anderer Klassen wieder wettgemacht worden sei. Die dem Hauptverband angehörenden Vereine zählten rund 5 Millionen Mitglieder gegenüber 4.700.000 zur Zeit der letzten Jahresversammlung. So sei der Mitgliederstand größer als je zuvor. Das erfülle mit Freude. Zutreffend müsse der Verband aber noch weiter ausgebaut werden. (Zustimmung.)

An den Bericht schloß sich keine Diskussion. Fräßdorf folgerte daraus, daß die Veranlassung mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden ist.

Die Verhandlungen wurden dann auf Montag vertagt.

## Der sozialdemokratische Landesparteitag Sachsens

trat am Sonntag im Volkshaus in Leipzig zusammen. Neben den üblichen Punkten: Bericht des Landesvorstandes, Organisation, Klassenberichte und weiteren formalen Dingen enthält die Tagesordnung auch ein Referat des Abg. H. H. H. über die Tätigkeit der Landtagsfraktion und des Abg. Fleißner über die sächsische Politik und den nächsten Wahlkampf. Außerdem liegen einige Anträge vor, die nach den vorausgegangenen Erörterungen in der sächsischen Parteipresse lebhafteste Debatten erwarten lassen. Besonders ein Pöndtner Antrag auf Neueinteilung der vier sächsischen Agitationsbezirke in Verbindung mit der Neugründung eines Parteiblattes in Plauen im Vogtland dürfte dazu Anlaß geben. Die vorige Landesversammlung beschloß gegen eine ansehnliche Minderheit im Prinzip die Statutaränderung in Plauen. In dem letzten Beschlusse ist zugleich gesagt, daß die Parteinstellungen mit der Durchführung des Unternehmens beauftragt werden. Die politische Notwendigkeit wurde von allen Seiten anerkannt, nur die Finanzierung bereitete Schwierigkeiten. Die Parteigenossen haben nun die ganze Frage nach allen Seiten eingehend geprüft und in einer erweiterten Sitzung, an der alle in Betracht kommenden Faktoren beteiligt waren, wurde einstimmig die Gründung des Blattes beschlossen, da das Leipziger Parteigebäude die Finanzierung aus eigener Mittelkraft zu übernehmen sich bereit erklärte, nachdem das in erster Linie in Frage kommende Pöndtner Gebäude das abgelehnt hatte. Das Unternehmen ist nun gegründet, das neue Blatt soll vom 1. Oktober ab erscheinen. Nun hat sich in der Parteipresse ein mehr formeller Streit darüber entpinnen, ob die Parteinstellungen diese Gründung ohne weiteres vornehmen dürfen, oder ob diese jährliche Landesversammlung zu befragen und ihre nachträgliche Zustimmung eingeholen werden müßte.

Die Zahl der Parteimitglieder ist seit dem vorigen Jahre um beinahe 90.000 auf 177.568 gestiegen. Darunter befinden sich 28.524 weibliche Mitglieder. Unter den 28 Referenten befindet sich nur noch einer mit unter 2000 Mitgliedern. — Die Parteipresse hatte insgesamt 215.428 Abonnenten, ein geringeres weniger, als im Vorjahr. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher gibt es in Sachsen 2004. — Die gesamten Einnahmen der Kreisvereine betragen inklusive der Klassenbestände vom vorigen Abjahre 936.981 M., der jeheige Klassenbestand 142.829 M.

Genosse Lipinski-Leipzig eröffnete nachmittags kurz nach 4 Uhr den Landesparteitag mit begründenden Worten und einer kurzen Skizzierung der politischen Verhältnisse in Sachsen. Unsere Organisation sei vorbildlich, der Klassenkampf muß im „Proletarlande der Reaktion“ mit aller Schärfe geführt werden, in keinem Bande ist die Reaktion so vereint, wie in Sachsen.

Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Lipinski-Leipzig und Fleißner-Dresden einstimmig gewählt und die vorgeschlagene Tagesordnung sowie Geschäftsordnung einstimmig genehmigt. Das Referat über die Organisation erstattete für den Landesvorstand Genosse Siederemann-Dresden. Er wies besonders eindringlich darauf hin, wie notwendig es ist, der Partei neue finanzielle Mittel zu beschaffen. Sachsen sei für das ganze Reich in der Partei bisher auch in dieser Beziehung vorbildlich gewesen und das möge auch so bleiben; um so mehr als die Ausgaben infolge neuer nötiger Einrichtungen stetig wachsen und auch die Zentrale in Berlin auf größere Einnahmen aus den leistungsfähigen Organisationen rechnet. Dinge kommen, die die Genossen immer größere Anstrengungen zur Beschaffung der Sozialdemokratie machen und mit Wichtigkeit die dazu nötigen Geldmittel aufzubringen imstande sind. Sparen würden wir unter diesen Umständen an den bisherigen Ausgaben kaum können, also bleibt nichts übrig, als größere Einnahmen zu beschaffen. In der Jugendbewegung müsse dafür gesorgt werden, daß die über 18 Jahre alten Genossen mehr für die Partei und die Parteiarbeit herangezogen werden. Jetzt lasse das noch recht viel zu wünschen übrig. Betrachtliche Geldmittel würden der Partei durch die Leberhandlungen der Sportvereine entzogen. Auf diese Dinge sei die Aufmerksamkeit der Genossen zu lenken. Auf keinen Fall dürften der Partei dadurch Kräfte für die Parteiarbeit entzogen werden. Die Arbeiterklasse hat die Pflicht, die Kinder von der bürgerlichen Jugendpflege fernzuhalten und sie in anderem Geiste zu erziehen. Neben ganz dem, was auf die Plauenener Blattsfrage ein und legte dar, daß die Landesinstanzen durch aus korrekt gehandelt hätten; er wandte sich scharf gegen die Kritiker dieses Kongresses. Er gab schließlich eine von den Delegierten

instanzen einstimmig beschlossene Erklärung ab, die den Sachverhalt kurz darlegt und ihr Vorgehen rechtfertigt.

Dann erstattete der Landessekretär, Genosse H. H. H. Dresden den Rapport, der gedruckt vorliegt und nun mündlich ergänzt wird. Die Wichtigkeit der Rechnung wird von den Revisoren festgestellt und Entlastung beantragt. Alle vorliegenden Anträge wurden genügend unterstützt. Um sechs Uhr werden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

Zur Streikverordnung der sächsischen Regierung legen die Landesparteimittingen folgende Resolution vor:

„Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens erhebt scharfsten Protest gegen die von der Regierung erlassene Streikverordnung, die zu einer völligen Vernichtung des Streik- und Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse führen kann. Diese Streikverordnung ist das Produkt schlimmster Klassenpolitik zugunsten der Unternehmer und zum Schaden aller Arbeiter und Angestellten. Die Regierung sei damit unverkennbar, daß sie ein gefügiges Werkzeug der besitzenden und herrschenden Klasse ist. Die Streikverordnung verächtlich das System der Polizeigewalt in Sachsen noch mehr, obwohl es bereits jetzt schon alle freilichlichen Bestrebungen stark behindert, zum Teil unmöglich macht.“

Die Landesversammlung vertritt dabei im Namen der sächsischen Sozialdemokratie, den äußersten und scharfsten Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen jede Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes und besonders gegen die Streikverordnung zu wachen. Sie rechnet dabei auf die energische Mithilfe der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterklasse.“

Die Verhandlungen wurden am Montag vormittag 10 Uhr fortgesetzt. Der öffentlichen Sitzung ging eine vertrauliche Besprechung voraus. Die hierbei geführte lebhafteste Debatte, an der sich 17 Redner beteiligten, drehte sich im wesentlichen um Organisationsfragen. Der Antrag auf halbige Einführung eines besonderen Wahlfonds für alle sächsischen Kreise wurde von Vertretern des Bezirkes Chemnitz heftig bekämpft, von den Landesinstanzen aber nachdrücklich befürwortet. Der Antrag wurde schließlich gegen 21 Stimmen angenommen.

Den breitesten Raum der Erörterung nahm der Antrag auf Neueinteilung der Bezirke und die Gründung eines neuen Parteiblattes in Plauen ein. Von einigen Vertretern des Pöndtner und Chemnitzer Bezirkes wurde den Landesinstanzen vorgemerket, daß sie ihre Befugnisse überschritten hätten; gegen diese Vorwürfe wurde entschieden Verwahrung eingelegt. Die große Mehrheit der Landesversammlung stimmte einmütig für die Annahme der Landesinstanzen zu; denn ein Antrag, der das Gegenteil feststellen sollte, wurde nicht einmal genügend unterstützt. Der Antrag zur Neueinteilung der Bezirke wurde in einer allgemeineren, nicht zwingenden Fassung angenommen. Danach sollen die Landesinstanzen in Erörterungen über die Frage eintreten. Der Antrag wegen Schaffung neuer Bestimmungen über die Aufstellung von Landtagskandidaturen wurde abgelehnt; ein Antrag jedoch angenommen, der Sammeln von Material über behördliche und gerichtliche Maßnahmen in Sachen des Vereinsgesetzes, fordert.

Dann erstattete Landtagsabgeordneter H. H. H. ein fünfteiliges Referat über die Tätigkeit der Landtagsfraktion als Ergänzung des vorliegenden umfangreichen Berichtes.

Anwesend sind 180 Delegierte, darunter 18 Landtags- und 11 Reichstagsabgeordnete. Der Parteivorstand in Leipzig ist durch Genossen Kollendörfer vertreten. Nachmittags 4 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt, um einen Besuch der Buchgewerkschaften zu ermöglichen.

## 12. Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Stuttgart, 11. Juli 1914.

### Sechster Verhandlungstag.

Die heute erledigte Beratung der Statuten endete mit Annahme des von der Kommission vorgelegten Entwurfs. Ein Versuch, für die Fingelarbeiten eine besondere Vergünstigung im Statute festzusetzen, fand keine Mehrheit. Mit der einstimmigen, per Affirmation vorgenommenen Wiederwahl des Vorstandes und des Ausschusses gab der Verbandstag seiner Wahl ein besonderes Vertrauensvotum, worüber der anwesende Vertreter der nordwestlichen Bruderorganisation, Genosse Mollensen, seine lebhafteste Freude aussprach. Als Tagungsort für die nächste Generalversammlung wählten die Delegierten Bremen. Im Schlusswort hob Frey (Vorländer), hervor, daß die Verhandlungen über die Beschlüsse des Generalkongresses gezeitigt hätten, daß keine Neigung zu Konflikten vorhanden sei. Erweise sich die andere Seite ebenfalls friedfertig, dann werde der Friede nicht gefährdet. In gemeinsamen Arbeiten finde man schon bald, in Wien, Gelegenheit. Zu neuen Arbeiten wendeten sich nun die Delegierten nach der Deimel. Die gute Arbeit des Verbandstages werde seine Entlohnung fördern, das Bewußt der Organisation als Faktor im Wirtschaftsleben steigern. — Kräftig stimmten die Delegierten in dem zum Schluß auf die Organisation mitgebrachte Hoch; dann sangen sie die Marschlied. Das war der Ausklang der Tagung.

## 6. Verbandstag der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter.

Leipzig, 11. Juli 1914.

### Lechter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sonabendtagung wurden zunächst die Verhandlungen erledigt. Von 41 abgegebenen Stimmen erhielten die Vorsitzende Paula Thiede 35, der 2. Vorsitzende und Redakteur Bucher 23 und der Kassierer Loda 11 Stimmen. Die restlichen Stimmzettel blieben unbeschrieben. Der sechstage Vorstand ist somit wiedergewählt.

Es wurde hierauf in die Beratung der Anträge allgemeiner Natur eingetreten, da die Statutenkommission ihre Arbeiten noch nicht beendigt hat. Zum Verbandsorgan liegen mehrere Anträge von München und Dresden vor, die eine bessere Ausgestaltung der „Solidarität“ wünschen. Der sozialen Gesetgebung soll mehr Beachtung geschenkt werden, die laufenden Artikel über das Genossenschaftswesen möchten zugunsten leichtverständlicher Heftletonartikel eingeschränkt werden, um den weiblichen Mitgliedern mehr Rechnung zu tragen. Redakteur Bucher hielt, an den Genossenschaftsartikeln festzuhalten, denn es sei Pflicht der Gewerkschaften, für ein so wichtiges Gebiet wie die Genossenschaftsbewegung und auch für die „Vollstreckung“ nach Kräften einzutreten; Heftletons beherrschend wurden jetzt schon zur Genüge erscheinen. Der Verbandstag machte sich diese Auffassung zu eigen. Dresden wünscht für die Zukunft eine bessere und planmäßigere Agitation und wird durch Schulz-Leipzig in dieser Forderung unterstützt. Auf Antrag Dresden und München wird eine Statutenberatungskommission gewählt, in die jeder Gau vorzusenden der Verbandstage einen Vertreter entsendet. Die Einführung einer Steuerunterstützung, wie sie von Magdeburg beantragt war, wurde abgelehnt.

Im Namen der Statutenberatungskommission berichtigte nunmehr Baumgärtner-Berlin. Von keinen Änderungen abgesehen, werden die Anträge des Vorstandes und der Buchdruckerorganisation angenommen unter Zugrundelegung der von München vorgeschlagenen Fassung des Statutes. Die Unterstützung auf der Reise ist künftig halb so hoch wie die Arbeitslosenunterstützung. Die Streikunterstützung kann nicht mehr 13, sondern nur noch 10 Wochen lang bezogen werden. Die weiteren Änderungen nahmen mehr auf die Vertretung Bezug.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Genossin Thiede bezeichnete die Einmütigkeit, mit der trotz Meinungsverschiedenheiten die Geschäfte ihre Erledigung fanden, als ein bedeutungsvolles Zeichen für die kommenden Kämpfe und schloß den Verbandstag mit einem Hoch auf die Organisation.

## Berichtszeitung.

### Intimes aus einem Landratsamt.

Das Schwurgericht in Halle a. S. verurteilte den Kreisaußschußsekretär Karl Friedrich aus Wittorf wegen Verdrachens im Amt und Urkundenfälschung nach einjähriger Verhandlung zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Die Verhandlung deckte eine Lotteriewirtschaft in der dem Landrat unterstellten Kreiskrankenkasse auf und förderte unter niedliche Intimitäten aus einem Landratsamtsbetrieb an den Tag.

Der Angeklagte hatte von 1895 ab bis 1910 rund 46.000 M. aus den Kassengeldern sich angeeignet und dann Fälschungen in den Büchern vorgenommen. Die Geschäftsführung wurde von den Sachverständigen als eine derart lotterig bezeichnet, wie sie noch nie vorgekommen sei. „In meiner 40jährigen Amtszeit“, sagte ein Sachverständiger, „ist mir eine derartige Unordnung in der Buchführung noch nicht vorgekommen.“

Rur durch eine gar zu weit getriebene Frechheit des Angeklagten kam die Angelegenheit ins Rollen. Im Jahre 1910 wurde bei einer unvermuteten Revision 46.000 M. Defizit entdeckt. Das Verfahren wurde aber mangels Beweise eingestellt. Der Angeklagte verpflichtete sich, das Defizit zu decken. Als er 29.000 M. zurückgezahlt hatte, strengte er eine Zivilklage gegen den Fiskus auf Rückzahlung der 29.000 M. an. Diese Kühnheit veranlaßte eine genauere Prüfung. Man fand massenhafte Beweise, verhaftete den Angeklagten und legte ihn an.

Monatelang wurden Beträge nicht gebucht. Revisionen meist durch einen dem Kreissekretär unterstellten Beamten vorgenommen und selbstredend in ungenügender Weise: es wurden nur die eingetragenen Kolonnen nachgerechnet. Der Landrat, ein Kreier von Bobenhausen, fand nie etwas in Unordnung: er ließ sich nur von den von einem Unterbeamten festgestellten Betrag vorgähnen. In dem Angeklagten hatte er volles Vertrauen, zumal dieser ihn in der ersten Zeit seiner Amtstätigkeit in die Geschäfte eingeführt hatte. Wie konnte er seinem Lehrmeister misstrauen, zumal dieser ein „echt nationaler“ Mann war!

In der Verhandlung wurde die Tätigkeit des Angeklagten folgendermaßen festgelegt: er war stramm national und agitierte bei den Reichstagswahlen stets eifrig für den Kandidaten der Reichspartei, Kommerzienrat Bauermeister. Flugblätter gegen die Sozialdemokratie ausgearbeitet, die den großen Beifall aller Kreise und speziell auch den des Landrats fanden. Auf die Frage, ob er den Angeklagten mit der Flugblattverbreitung beauftragt habe, antwortete der Landrat, es sei in den regierungstreuen Kreisen in Frage gestellt gewesen, ob man bei der Reichstagswahl den Anführer der Sozialdemokratie gewachsen sei. Deshalb seien sehr viele Flugblätter verfaßt worden. Allgemein habe man sich darüber geäußert, daß feins wirksam war und den Nagel auf den Kopf traf. Da habe sich der Angeklagte angeboten und habe es auch in zufriedenstellender Weise erledigt. Die frechsten Spitzbuben sind eben immer die besten Sozialistenbekämpfer.

Der Kreissekretär befandete, daß er den Angeklagten getroffen habe mit dem Bemerken, der Landrat sei ihm doch wohlgekannt und werde ihm schon beistehen. Der Landrat habe auch angeordnet, daß vorläufig nichts an die Öffentlichkeit kommen solle, und dabei geäußert, daß er wohl für den Riß werde bluten müssen. Im Verlauf der Beweisaufnahme kam noch zur Sprache, daß schon der Vorgänger des Angeklagten ähnliche Unterschlagungen begangen und ein anderer Beamter Selbstmord verübt habe.

### Ein landräthlicher Musterbetrieb!

#### „Bei' und arbeit'!“

„Bei' und arbeit'“, dies schöne Lied von Georg Hertweg, das seit länger denn 50 Jahren bei proletarischen Festlichkeiten vorgetragen oder gesungen wird, die „Internationale“ von Portier und Diederich standen gestern wieder einmal als Angeklagte vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I.

Echon vor zwei Jahren wurde das Jugend-Liederbuch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Paul Singer der beiden Lieder wegen gerichtlich beschlagnahmt und die Genossen Bernhard Bruns als Leiter der Buchhandlung und Hans Weber als der verantwortliche Redakteur für das Jugend-Liederbuch wegen Aufreizung zum Klassenhass angeklagt. Die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I sprach die Angeklagten frei, beschloß aber die Beschlagnahme der beiden Lieder sowie die Vernichtung der zu ihrer Herstellung dienenden Formen und Platten.

Gegen Genossen Fritz Ebert wurde erst gestern als dritten Angeklagten verhandelt, da gegen ihn als Reichstagsmitglied das Verfahren während der Session gerührt hatte. Er soll als Geschäftsführer der Buchhandlung „Vorwärts“ G. m. b. H. mit Schuld an der „Aufreizung“ sein. In der Verhandlung der Strafkammer beantragte Staatsanwalt Kassirer Dr. Schindler daselbe Urteil wie vor zwei Jahren zu fällen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann, wies nach, daß beide Lieder keinen aufreizenden Charakter haben. Beide Lieder, insbesondere „Bei' und arbeit'“, werden seit vielen Jahren auf allen öffentlichen Arbeiterfestlichkeiten in Gegenwart der Polizei und unbeanstandet gesungen oder vorgetragen. Wählig wurde in beiden Liedern Aufreizung zum Klassenhass entdeckt. Aber auch, wenn der Gerichtshof der Ansicht sein sollte, die Lieder seien objektiv aufreizend, so könne, ebensowenig wie das vorige Mal, eine Verurteilung des Angeklagten erfolgen, da der Angeklagte angesichts des Umstandes, daß beide Lieder viele Jahre unbeanstandet geblieben sind, unmöglich das Bewußtsein der Strafbarkeit durch Aufnahme der Lieder in das Jugend-Liederbuch haben konnte. — Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt: Der Gerichtshof erachtet beide Lieder objektiv für geeignet, zum Klassenhass aufzureizen. Da jedoch die Lieder viele Jahre unbeanstandet geblieben sind, so hat der Gerichtshof das Bewußtsein der Strafbarkeit bei dem Angeklagten vernichtet und ihn kostenlos freigesprochen. Dagegen ist auf Beschlagnahme der Lieder sowie zur Vernichtung der zur Herstellung dienenden Formen und Platten erkannt.

## Briefkasten der Redaktion.

N. R. 100. 1. und 2. Die Pflanzung ist möglich. Die Frau hat jedoch das Antonenlohnrecht. 3. Der Reichstagswähler kann trotz Vorlegung der Rechnung pfländen. Zur Klärung der Angelegenheit gegenüber der Behörde möchte die Regierung und eine eventuelle Versicherung über die Identität genügen. — N. R. 44. Ihre teilen Ihre Auffassung. — N. R. 15. 1. Ja. 2. Nein. — N. 0002 W. Zur Zahlung eines höheren Betrages erscheint die Gemeinde nicht verpflichtet. — G. Th. Redakteur. Wir halten Ihre Forderung für berechtigt, für die Zahl. von 14 Tagen Fortzahlung des Lohnes zu beantragen unter Anrechnung des Krankengeldes. — N. R. 2. Nein. — N. Th. 23. 1. Das ist möglich. 2. An das Volksgespräch. 3. 200 Mark. 4. Wenden Sie sich an ein Reichsbureau, unter den Linden, wo kostenlos Auskunft erteilt wird.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Drehermeister Albert Michaelis im Alter von 60 Jahren nach längerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium zu Trepow, Riechhofstraße, statt.

Am 10. Juli d. J. verschied sanft unser Kollege und Mitarbeiter, der Schriftsetzer Albert Roemer im 49. Lebensjahre.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Am 11. Juli verstarb unser Parteigenosse Paul Kroll.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Paul Kroll

Richard Krause Neukölln, Ziegenstraße 75 am 11. Juli an Lungenerkrankung verstorben ist.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Köpfer Ernst Altmann

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin. Den Kollegen zur Kenntnis, daß am Freitag, den 10. Juli, der Kollege

Ernst Altmann (Bezirk Schönhauser Vorstadt) im Alter von 73 Jahren an Herzlähmung verstorben ist.

Walter Langer im 29. Lebensjahre. Im Namen der Hinterbliebenen Martha Langer, geb. Roek.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf! Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter Friedrich Munkwitz

Willi Wulf von der Firma Paul Köster, Steglitz am 10. d. Mts. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Verwaltung Berlin. Nachruf. Am Freitag, den 10. Juli, verstarb unser Mitglied, der Holz-Bildhauer Gustav Diederichkeit

Emma Ziepe geb. Reinboth nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Am 11. d. Mts. entschlief sanft nach kurzem Leiden unser einziger Sohn Richard Hinz im 28. Lebensjahre.

Hermann Hinz und Frau Anna geb. Kirchbach. Die Beerdigung findet morgen Mittwoh, den 15. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Luise Mettner Brangelstraße 83, infolge Unfalls. Um stille Teilnahme bitten August Mettner.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Verwaltung Berlin. Nachruf. Am Freitag, den 10. Juli, verstarb unser Mitglied, der Holz-Bildhauer Gustav Diederichkeit

Dankfagung. Allen, welche sich bei der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Großvaters und Schwiegervaters Ernst Scheuer

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und schönen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Bloch,

Dankfagung. Sage allen bei der Beerdigung meines Mannes Beteiligten auf diesem Wege meinen besten Dank.

Trübseligste Goldsowb "Königinn 1"! Die größte, weil baumröumlichste Werkstatt

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Vorjährige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 25-60 Mark.

Leppich-Thomas, Dramenstr. 44. Sportbillig farblichste Leppiche, Gardinen, Vorwärtseisen 5 Prozent Ertrabatt.

Chue Auszahlung den Vormärtsleuten beim Möbelbau weitgehendste Skala. Kleine Einrichtungen, kurze Zeit verleihe gewünschte Möbel

Humbauflüchlofen 50, 65, 80, 100, englische Bettstellen 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

Platinabfälle, Altgold, Silber, Zahngelbte, Stanniol, Glühbirnen, alte, Duedelber lauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststr. 19 III.

Vermietungen. Wohnungen. Saubere Stube und Küche, von 15 Mark an.

Werb-Weid: Eporen etc, wenn Sie im Leibhaus, Kienbaler Tor, Amienstraße 203/4, etc.

Möbel. Möbel auf Kredit! Bei meiner Auszahlung geben jedermann ganze Einrichtungen, Herren, Speise, Schlafzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke auf Kredit zu billigen Preisen.

Möbel-Verkauf. 1. Geschäft: Brunnstraße 7, am Rosenbaler Platz. 1. Eingang im Laden, 2. Eingang Hofpartier.

Kaufgesuche. Kupfer, Messing, Zinn, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldschmelz, Silberschmelz, Platinabfälle, Duedelber, Zahngelbte, Metallschmelze, Gold, Eisen, Eisenstücke.

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Göttingerstraße 16. 8. pro Feuerantrag zahlf. Kassenbergstraße 119.

Achtung! Holzarbeiter. Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind geperrt: Für Korbmacher: Stralauer Glashütte und Rednitz.

### Die Gemeindegewählerliste Berlins

Ist für 1914 aufgestellt worden. In der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli wird sie an den Wochentagen von 9 bis 3 Uhr und an den Sonntagen von 9 bis 1 Uhr in den Räumen des Wahlbureaus der Stadt (Strohalauer Straße 41/45) öffentlich ausliegen. Sie kann dann kontrolliert werden.

Das Wahlbureau berichtet jetzt über die zur Fortschreibung der Wählerliste nötig gewordenen Arbeiten. Gering war die Werbung der wahlfähigen Personen. Die Anfertigung von 85 111 neuen Personenkarten für wahlfähig gewordene Personen und für weggezogene Wahlfähige und die Aussonderung von 89 770 erledigten Personenkarten (für verstorbene Wahlfähige und für weggezogene Wahlfähige) ergab einen Zugang von nur 3341. Im vorbergehenden Jahre war allerdings das Ergebnis noch ungünstiger. Vorgesertigt wurden da nur 91 279 neue Karten, ausgenommen aber 91 824 erledigte Karten, so daß ein Abgang von 545 herauskam. Durch mehrere Umstände wird die Zahl der in die Gemeindegewählerliste aufzunehmenden Personen noch geschwächt. Das Wahlrecht ruht zeitweilig bei Unternehmung aus öffentlichen Ämtern, bei Vormündung, bei Konkurs, bei Ehrverlust. Ganz außerordentlich zahlreich waren diesmal die bei dem Wahlbureau eingegangenen Meldungen über Unrichtigkeiten. Es wurden 66 552 solcher Meldungen gegahlt gegenüber 68 102 im Vorjahr. Die starke Inanspruchnahme der Armenpflege wird sehr viele sonst wahlfähige Personen um ihr Wahlrecht gebracht haben. Auch Steuerresistenzen sind das Schicksal, aus der Gemeindegewählerliste gestrichen zu werden. Der Bericht des Wahlbureaus sagt nicht, wieviel Meldungen hierüber eingegangen sind. Für 1914 kann die Gesamtzahl der Gemeindegewähler daraus sich noch nicht angeben werden. Die Kontrolle und die daran sich anschließenden Berechtigungen werden noch manche Aenderung bringen. In 1913 standen in der Liste 392 865 Wähler, wovon nur 771 zur ersten Klasse, 32 291 zur zweiten Klasse, aber 890 803 zur dritten Klasse gehörten.

Die Summe aller für die Abgrenzung der drei Wählerklassen zusammengetragenen Steuern beläuft sich diesmal auf fast 72 1/2 Millionen Mark. Der Durchschnittssatz ist 193 M. 42 Pf. / J. , danach gehören die Gemeindegewähler mit Steuerleistungen bis zu dieser Höhe zur dritten Klasse. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre zeigt sich hier eine keine Verschiebung nach oben. Im Vorjahr war die Summe der in Betracht kommenden Steuern 70 1/2 Millionen Mark, und die dritte Klasse reichte bis zu einer Steuerleistung von 180 Mark 88 Pf. / J. . Dagegen ist die Grenze zwischen der zweiten und der ersten Klasse diesmal ein wenig heruntergedrückt. Im vorigen Jahr zahlte der Mindeststeuerer der ersten Klasse 7450,08 M., diesmal beginnt die erste Klasse mit 7180,30 M. Steuerleistung. Bezüglich der Wählerzahlen dürfte durch diese Verschiebungen der Ständertrennung sehr wenig an dem Klassensystem des Gemeindegewählers zum Ausdruck kommen.

### Parteiangelegenheiten.

#### Der Zahlabend im August

findet nicht am 8., sondern am Mittwoch, den 5. August, für Groß-Berlin statt.

**Oberschöneeweide.** Heute, abends 8 Uhr, im Wilhelmshof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag in Würzburg. Diskussion. Aufstellung zweier Kandidaten zum Parteitag.

**Spandau.** Heute, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Rollenhaner, Seeburger Str. 26, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Wahlen. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Abrechnung von der Parteikasse. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Jossen.** Heute Mitgliederversammlung. Abstimmung über den Wahlrechtsfonds.

### Berliner Nachrichten.

#### Der Bahnbeamte, der Arbeiter und der Mann im Frack.

Ein Sommerabend am Radesheimer Platz. Draußen an der Grenze zwischen Wilmersdorf und Friedenau. Die weiten grünen Rasenflächen mit ihren bunten Blumenumrandungen luden allabendlich die Bewohner der Umgebung zu einem Lockgang ein. Da mitten in dem stillen Abendfrieden ein großer Menschenauflauf am Ausgang des Untergrundbahnhofs Radesheimer Platz. Und ich sehe noch, wie ein Beamter mit hoher Gehalt eine Arbeiterin hinausschleift und auf der Straße setzt. . . . einen Arbeiter, und wie ich aus dem von ihm sorgfältig behüteten Handwerkzeug — Säge, Hobel und grüne Schürze . . . entnehme . . . ein Schreiner, der nach der anstrengenden Arbeit des Tages in tropischer Sommerhitze anscheinend verschiedene zu viel hinter die Binde gegossen hat. Aber er ist feiner von den Unguten. Trotz der ihm widerfahrenen Schrecken und meinem Empfinden nach vollständig unvorschriftsmäßigen Behandlung durch die beiden Untergrundbahnbeamten entfaltete er vor dem zahlreichen Publikum noch einen guten Humor. Man merkte eben, es war eine gute Seele. . . . der Schreiner. Aber er fühlte sich in seinem Rechte gekränkt.

In der Rechten hielt er krampfhaft eine Fahrkarte. Die hatte er sich am Schalter gekauft. Und nun sollte er nicht nach Hause fahren dürfen. Weit draußen nach Pantof. Oder sonst wo hin. Und wieder ging er die vielen Steinstufen zum Untergrundbahnhof hinauf. Ruhig und guten Gemütes. Aber da ereignete sich etwas Unerwartetes. Die beiden Beamten faßten ihn am Hals, zerrissen ihm den Rock und schlugen auf ihn ein.

Oben auf der Steintreppe aber stand das sogenannte bessere Publikum und sah diesem Standartenkampf wollaßig wie ein Spanier einem barbarischen Stierkampf oder wie einem harmlosen Kinodrama zu. Es ließ es zu, daß die beiden Beamten den durch den Alkohol, der an heißen Arbeitstagen doppelt leicht berauscht, kraftlos gemachten Arbeiter die Treppe emporkeschleifen versuchten.

Nur ein einziger fand den Mut, dieser Menschenmishandlung ein Halt zuzurufen.

„Ni es ein Müdiger, wenn bei solcher Behandlung selbst den Gutmütigen und Humorvollsten der Humor ausgeht. Er müßte keine Ehre im Leibe haben, wenn er sich das

alles gefallen ließe. So dachte auch unser Schreiner und in der Not wehrte er sich tapfer gegen die beiden gegen ihn säuernden Untergrundbahnbeamten. Unser Schreiner befand sich dabei in einer ungeheuren Aufregung. Seine Lippen waren vor Erregung schon tiefblau und ein dicker weißer Schaum quoll ihm aus dem Munde.

„Anstatt nun den Bezedeten mit ein paar guten Worten nach der Polizeiwache zu führen, griff er ebenfalls dorthin und schubste den armen Schreiner so unfaßlich vor sich her, daß zahlreiche Derzhalttere lebhaft gegen eine solche Behandlung protestierten. Und ich kam zu der Erkenntnis: Zu einer individuellen Menschenbehandlung — und die sollte doch jeder Beamte, der mit dem Publikum häufig in Verbindung kommt, gehört eben mehr als zum geringsten Ansehen können — wenn nur die bittere Wahrheit zu:

„Ihr schüßt nur den Staat, den Menschen aber schüßt ihr nicht.“

„Gatte der Schreiner etwa nicht recht? Weil er des Guten zuviel getan, wollten ihn die Untergrundbahnbeamten nicht nach Hause fahren lassen. Je nach Polizeikommissar kann es einen hochnotpeinlichen Prozeß geben, indem all die hinreichend bekannten Paragraphen . . . Beamtenbelädigung, Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt (Untergrundbahnhof) . . . feindselig gegen den Schreiner aufmarschieren werden.“

Auf dem Nachhausewege paraderen zahlreiche Erinnerungen an mir vorüber. Ich sehe Herren im Frack mit weißer Hemdenbrust, mit Lackstiefeln und Zylinderhut und mit dem ewig klammernden Monofel im Auge. Ich sehe sie mit ihren Stöcken und höre sie mit den schlimmsten Verbalinjurien gegen die Beamten der Untergrundbahn vorgehen. Sie greifen an . . . und sind nicht der angelegentlichste Teil.

Sie werden nicht die hohen Steintufen hinaufgeschleift. Und sie dürfen ruhig mitfahren.

Und noch eins: Sind die „Varkavalier“, die mit den ersten Früh-Untergrundbahnzügen fahren, meist nicht noch stärker betrunken und mittelebarnere Mitreisende als der stark zum Humor neigende Schreiner am Untergrundbahnhof Radesheimer Platz?

Aber . . . und das ist das Bedenkliche in seinem Verhalten, das war der Anlaß, daß aus dem Lustspiel ein Trauerspiel werden mußte. . . . warum geht auch ein Schreiner nicht im Frack, im glänzenden Zylinderhut, warum nicht mit einem Monofel im Auge zu und von seiner Arbeitsstätte?

#### Unser verdienstlicher Polizeipräsident.

Herr v. Jagow ist vom Verein für die Geschichte Berlins zum Ehrenmitglied gewählt worden und hat die Wahl angenommen. In der Tat — die Verdienste des Herrn v. Jagow um die Geschichte Berlins sind unvergänglich. Die Ehrenmitgliedschaft konnte seinen Würdigeren treffen. Nun noch her mit dem Rarmordentmal im Tiergarten.

#### Die Militärwache am Nonbison.

Seit acht Tagen besteht die stationäre Militärwache im Keller des Schloßes Nonbison nicht mehr. Der Posten wird jetzt, um die Hohenjollerreliquien zu bewachen, die im Schloß Nonbison verblieben und veräußern, von der Schloßwache am Lustgarten gestellt.

In den Zeiten Friedrich Wilhelms IV., lange vor der Revolution, wurde in Nonbison ein großer Silberdiebstahl trotz aller militärischen Bewachung verübt. Der König sicherte damals öffentlich den Dieben für die Rückgabe der gestohlenen Wertgegenstände öffentliche Straffreiheit zu — auch ein erbebendes Beispiel für preussische Justizpflege. Die Diebe zogen es aber in Vorziehung kommender Ereignisse die doch vor, dem Worte gerade dieses Preußenkönigs, der sogar den Verfassungseid gebrochen hat, nicht über den Weg zu trauen.

#### Vom Wirken des Berliner Vormundschaftsamtes.

Die vom Vormundschaftsamte der Stadt Berlin geführte Berufs-Vormundschaft erst seit 1/2 Jahren; trotzdem ist schon schon das 10 000. Mündel unter Vormundschaft gekommen. Der aus Erfahrung weiß, welche Schwierigkeiten und Mühen nicht selten die Führung einer einzigen Vormundschaft mit sich bringt, wird sich eine annähernde Vorstellung davon machen können, welche Anzahl von Pflichten die gleichzeitige Fürsorge für viele Tausende von Mündeln in sich schließt. In den letzten 2 1/2 Jahren wurden durch das Wirken des Vormundschaftsamtes der Stadt Berlin aber auch 10 000 Berliner Bürger vor dem oftmal mühevollen Amt eines Vormundes bewahrt und konnten ihre Kräfte anderweit in den Dienst der Öffentlichkeit stellen. Das frühe Eingreifen ärztlicher Fürsorge hat seine erfreuliche Einwirkung auf die Sterblichkeit der unehelichen Kinder nicht verfehlt. Ebenso müssen die finanziellen Ergebnisse der Berufs-Vormundschaft als ganz außerordentlich gånkliche bezeichnet werden.

#### Der Stadt Berlin zur Nachricht.

Der Gemeindevorstand von Treptow hat im Rathaus eine Aufbewahrungsstelle für Verfügungen über Anordnung der Feuerbestattung eingerichtet, die allgemeinen Befehl gefunden hat. Die Benutzung ist kostenfrei. Ueber die Aufbewahrung wird eine Bescheinigung erteilt. Ausgeschlossen von der Aufbewahrung sind leichwillige Verfügungen, die außer der Anordnung der Feuerbestattung noch andere Angelegenheiten regeln. Eine Gewähr für die formgerechte Abfassung der selbstgeschriebenen leichwilligen Verfügungen kann der Gemeindevorstand durch die amtliche Aufbewahrung natürlich nicht übernehmen. Das Krematorium in Treptow wird nicht nur von Gemeindegewählern, sondern auch von Auswärtigen benutzt. Es ist das ansprechendste in Groß-Berlin.

Die Stadt Berlin sollte von Treptow lernen. In der Stadtverordnetenversammlung ist bereits angeregt worden, im Rathaus eine Stelle zu errichten, an der leichwillige Verfügungen über Feuerbestattungen niedergelegt werden können.

#### Beisehung der fünf Opfer der Einsturz-Katastrophe in Lichtenberg.

Unter außerordentlicher Beisehung weiter Bevölkerungskreise hat gestern vormittag die Beerdigung der fünf Opfer der Einsturz-

Katastrophe bei der Anorr-Dremsche-Aktiengesellschaft stattgefunden. Trotz der frühen Stunde — 9 Uhr hatten sich auf dem erlogenen Gemeindefriedhof in der Büschstraße in Lichtenberg, auf dem der Schleifer Eichholz und die Arbeiter Ringel, Jahn und Mez zur letzten Ruhe beisetzt wurden, Tausende eingefunden, um an der Feier teilzunehmen. Vertreten waren auch die Angehörigen, die kaufmännischen und technischen Leiter und die Werkmeister. Von der Direktion waren die Direktoren Bielmeyer und Hildebrandt anwesend. Den Lichtenberger Polizeipräsidenten vertrat Polizeiamtsschreiber Runk und Kriminalkommissar Baumann.

Die vier reich mit Krangspenden geschmückten schwarzen Särge wurden von der Kapelle durch ein Spalier der Arbeiterkollegen der Verunglückten zur gemeinsamen Gruft getragen, die sich dicht neben den Gräbern der Opfer der Explosionskatastrophe in den Nummernburger Amintenorten befanden. Den eingeleiteten Särge folgten die Angehörigen der Verstorbenen. Herzergreifend war der Jammer der Frau und der vier ungründigen Kinder des Schleifers Eichholz.

Eingeleitet wurde die Trauerfeier durch den Vortrag des Liedes „Zum Ruh der Gräber“ durch den Arbeitergesangsverein der Fabrik. Dann hielt Pastor Kunzendorf-Lichtenberg den drei ersten Opfern eine tiefempfundene Gedächtnisrede. Die Trauerrede für den jugendlichen katholischen Arbeiter Mez sprach Erzpriester Aufhorst-Lichtenberg. Mit dem Gesang der Lieder „Dort unten ist Friede“ und „Wenn ich zwei Herzen scheiden“ schloß die ergreifende Feier.

Um 12 Uhr mittags wurde das fünfte Opfer der Katastrophe, der Arbeiter Nowak auf dem Gemeindefriedhof in Wilhelmshof zur letzten Ruhe beisetzt. Dorthin wurden die Teilnehmer von dem Kirchhof in Lichtenberg mit Straßenbahn-Sonderwagen befördert, die die Direktion der Anorr-Dremsche-Aktiengesellschaft gestellt hatte. Die Trauerrede hielt der Ostgeistliche; Gefänge des Fabrikgesangsvereins eröffneten und beendeten die Feier.

#### Die Mordtat eines „Besessenen“.

Gegen den Tischler Josef Blischka, der, wie mitgeteilt, im Juni d. J. seine Braut, die 20jährige Prieste, im Hause Königberger Straße 26/27, wo sie mit ihrer Mutter, hatte, in sehr wüthender, durch mehrere Stiche ins Herz erdolcht, hat er jetzt die Voruntersuchung wegen Mordes eröffnet worden. Nach dem Ergebnis der von dem Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. R o d a, geleiteten Ermittlungen, scheint Blischka die Tat vorher geplant und mit voller Ueberlegung zur Ausführung gebracht zu haben, da in seinem Besitz außer dem Dolch ein Revolver und verschiedene Gifte, darunter eine größere Dosis Zyanalkali, gefunden wurden. In seiner Vernehmung hat Blischka erklärt, daß er sich aus Verzweiflung über die Treulosigkeit seiner Braut mit den Waffen und Giften habe selbst entleben wollen. Vorher habe er ihr aber einen „Denzettel“ geben wollen, und zwar habe er beabsichtigt, ihr die Rase abzuschneiden, um ihr auf diese Weise die Schönheit und die Hoffnung auf einen neuen Bräutigam zu nehmen. In der Aufregung habe er dann, als er die Prieste plötzlich kommen sah, blindlings draußgeschossen. Vom Rechtsanwalt Harry Pincus als Verteidiger des Blischka, ist geltend gemacht worden, daß Blischka ein krankhafter Phantast, der in seinem Heimatsort Tzerst in dem Rufe eines „Wanzen- und Teufelsoffen“ gestanden habe. Wegen seines unheimlichen Gebahrens sei er allgemein „Der Satan“ genannt worden. So habe er, wie Zeugen angeben, oft des Nachts beim Vollmond den Friedhof aufgesucht, um dort die „Seelen zu erwecken“ und unter Verwendung eines angeblich im Jahre 1740 gedruckten Buches „Das 6. und 7. Buch Moses“, welches er von einer 94jährigen Frau aus Tuzel für 20 M. erstanden hatte, und Anwendung gewisser Kräfte und eines 60. Blutes die bösen Geister bannen wolle. Dann habe er an der Friedhofsmauer geheimnisvolle Kreise gezogen, die Aische verbrannter Schlangen um sich gestreut und unter Murren geheimnisvoller Zauberformeln sich in den Kreis geflossen und mit seinem eigenen Blut einen Vertrag niedergeschrieben, in dem er seine Seele dem Teufel veräußert, wenn er es ihm ermöglichen sollte, bis zu seinem hundertsten Jahre gesund und im Reichtum zu leben. Nachdem er sich einige Zeit als Gesandter betätigt hatte, war Blischka als Entschelungsanfänger, Degenkluder und Wankredner in den Varietés beschäftigt. Voruntersucht wird Blischka längere Zeit auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

#### Die verräterische Maske.

Um sich unentdeckt zu machen, war einer jener Schwindler, die es auf Kinder und junge Mädchen und Mädchen abgesehen haben, auf den Gedanken gekommen, eine schwarze Augenklappe zu tragen. In vielen Fällen, wo Kinder und Kaufmännische diesen Schwindlern ins Garn gegangen waren, indem sie ihnen ihre Pakete überlassen hatten, während sie selbst vergeblich versuchten, einen ihnen übergebenen Brief zu befehlen, wiesen sie bei der Anzeige darauf hin, daß der Gauner eine schwarze Augenklappe getragen habe. Bei ihren Nachforschungen richtete die Kriminalpolizei deshalb auf dieses Merkmal ihr besonderes Augenmerk und hierdurch gelang es ihr auch, einen jungen Menschen festzunehmen, als er sich in verdächtiger Weise an Kinder heranzumachen versuchte. Der Verhaftete, der ganz gesunde Augen hat und die Klappe bald vor dem linken, bald vor dem rechten Auge trug, um sich unentdeckt zu machen, hat also durch diese „Vorsichtsmaske“ gerade das Gegenteil erreicht. Der Schwindler wurde als ein 23 Jahre alter früherer Hausdiener Alfred Löwe erlarbt, der aus Lodz stammt. Wegen Schwindelthaten dieser Art hatte er zuletzt in Sonnenburg zwei Jahre Zuchthaus verbüßt.

#### Ein ungewöhnlich dreister Automobiliebstahl.

Wurde in der Nacht zum Sonntag am Dramenburger Tor verübt. Ein Chauffeur der Automobilbetriebsgesellschaft hielt mit seinem Wagen vor dem Hause Wasser Straße 44. Der Chauffeur suchte für einen Augenblick ein Lokal auf. Trotzdem er durch das Schaufenster des Lokals fortwährend nach der Benzindrüse sah, war der Wagen plötzlich verschwunden. Der Wagen ist eine offene Kraft-Wagen der R. A. G. und trägt die Motornummer 6171 und die Fabriknummer 9051. Der Wagen ist maximalraum ladet und überzogen. Auf seine Wiedererlangung hat die Firma eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Ein Zusammenstoß eines Lastwagens mit einem Straßenbahnwagen hat sich am gestrigen Montagvormittag an der Ecke der Luisen- und Schumannstraße ereignet. Dort bog ein Lastwagen der Firma Ed. Sarre aus der Borsigstraße kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie 51 auf das Gleis. Obwohl der Führer des Lastwagens nach Kräften drückte, kam es doch zu einem Zusammenstoß, der so heftig war, daß der Lastwagen mit der Vorderachse aus den Schienen geworfen und eines der Pferde des Lastwagens verletzt wurde. Personen wurden glücklicherweise bei dem Zusammenstoße nicht verletzt. Der Lastwagen, an dem der Vorderperson eingedrückt worden war, wurde durch einen nachfolgenden Triebwagen eingeleitet.

Der Selbstmord eines Arbeiters in Tiefgraben mittig in der Ködler Straße Aufsehen hervor. Der 44 Jahre alte Johann-

